

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierjährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.

Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 10. März. Se. K. H. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allerhöchst gewußt: Dem Leibarzt des Prinzen Friedrich von Preußen K. H., Geheimen Sanitätsrat Dr. Nieland zu Düsseldorf, den Roten Adler Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Kavalier der Erbgroßherzogin von Mecklenburg-Strelitz K. H., Kammerherrn von der Linie, und dem Mitglied des Divans in Batareit, Konstantin Donecke, den Roten Adler Orden dritter Klasse, dem Lieutenant a. D. und Bileteur Reinhard zu Kolberg, und dem Architekten der evangelischen Stiftungen in Batareit, Karl, den Roten Adler Orden vierter Klasse, so wie dem Schultheiß Schulz zu Eichsfeld, im Kreise Deutsch-Crone, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Der Baumeister Robert Julius Degner zu Garthaus ist zum K. Kreis-Baumeister ernannt und demselben die Kreis-Baumeisterstelle dagegen verliehen worden.

Der Maschinenmeister Gruson zu Katowitz ist zum K. Eisenbahn-Maschinenmeister ernannt und demselben die Maschinenmeisterstelle zu Stargard in Pommern verliehen worden.

Dem Oberlehrer Dr. Moissi späig an dem Gymnasium zu Konitz ist das Prädikat eines Professors verliehen; so wie am Gymnasium zu Tilsit der ordentliche Lehrer Dr. Koszina zum Oberlehrer, und der wissenschaftliche Oberlehrer Dr. Fischer zum ordentlichen Lehrer befördert; und am Gymnasium zu Nowowacław dem ordentlichen Lehrer Schaub das Prädikat „Oberlehrer“ beigelegt worden.

Abgereist: Se. Durchlaucht der Erbprinz Rudolf von Groy-Dülmen, nach Dülmen, und Se. Exzellenz der Staatsminister a. D. Graf von Arnim-Borzenburg, nach Borzenburg.

Telegramme der Posener Zeitung.

Turin, Freitag, 9. März. Die heutige „Opinione“ veröffentlicht die Note des Grafen Favore an den Grafen Migran vom 2. d., Savoien und Nizza betreffend (vergl. das Turiner Telegr. in der gestr. Itg.). Dieselbe wiederholt die in der Depesche des Herrn v. Thouvenel enthaltenen Erklärungen und sagt Graf Favore, er sei weit entfernt zu glauben, daß durch eine Vergrößerung Sardinens jemals eine Gefahr für Frankreich, an welches wir durch die letzten Ereignisse mit Dankbarkeit geknüpft sind, entstehen könnte. Wir fühlen jedoch zu tief, was Italien dem Kaiser schuldet, um nicht den Forderungen, welche auf Achtung vor den Wünschen der Bevölkerungen beruhen, ernste Aufmerksamkeit zu schenken. Die Regierung des Königs würde niemals einwilligen, irgend ein anderes Territorium, welches seit Jahrhunderten ein ruhmreiches Eigenthum des Hauses Savoien bildet, abzutreten oder zu vertauschen, aber das Gouvernement wird sich nicht entschlagen können, eine Veränderung in Erwägung zu ziehen, welche die italienischen Ereignisse in der Lage der Bevölkerungen Savoiens und Nizza's herbeigeführt haben. In dem Augenblicke, wo wir für uns beanspruchen, daß Mittel-Italien das Recht habe, sein Schicksal zu bestimmen, würden wir einem Fehler, eine Inkonsistenz, eine Ungerechtigkeit begehen, wenn wir den Unterthanen des Königs, welche an den jenseitigen Alpenabhängen wohnen, das Recht verweigern wollten, ihren Willen frei und zu geben. So lebhaft auch unser Bedauern sein würde, wenn die Wiege der Monarchie die Trennung fordern sollte, so dürfen wir uns doch nicht weigern, das Gewicht der legalen Kundgebung, in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Parlaments anzuerkennen. Die Erklärungen des Herrn v. Thouvenel bezüglich der Großmächte und der Schweiz entspringen aus ganz falschen Interpretationen.

(Eingegangen 10. März 8 Uhr Vormittags.)

London, Sonnabend, 10. März, Morgens. In der eben beendeten Nachsitzung des Unterhauses stellte Horsman das Amendingement: Das Haus wolle der von Byng eingebrachten Dankadresse die Bitte an J. Maj. die Königin hinzufügen, Artikel 11 des Handelsvertrags mit Frankreich wegzulassen. Das Amendingement wird mit 282 Stimmen gegen 56 verworfen, und sodann die Adresse angenommen und dem Oberhause überwiesen.

(Eingeg. 10. März 11 Uhr 5 Min. Vormittags.)

CH Posen, 10. März.

Das konstitutionelle Leben Englands ist schon alt, und deshalb kann es nicht Wunder nehmen, daß die britischen Staatsmänner mit den Künsten vertraut sind, deren es bedarf, um bei Erörterung auswärtiger Fragen im Schooße des Parlaments alle Klippen und Untiefen glücklich zu vermeiden. Die Landesvertreter sind begierig nach Einsicht in die diplomatische Korrespondenz, und ein Minister, welches sich nicht im Besitz einer starken und sicheren Mehrheit weiß, darf mit den Staatsbürgern nicht sehr zurückhaltend sein. Das wissen die Parteiführer in England ganz vor trefflich, und so tragen sie Sorge, den Depeschenaustausch zwischen dem auswärtigen Amt und den diplomatischen Vertretern im Auslande so einzurichten, daß er mit Anstand in einem Blaubuche erscheinen kann und dem Ministerium ein Vertrauensvotum zu sichern beiträgt. Freilich geben solche Blaubücher nur eine Auswahl der abgeschickten und eingegangenen Depeschen; freilich werden auch aus diesen Staatsbürgern auszugsweise nur solche Stellen mitgetheilt, welche die hohen Herrschaften das Couper ein und erreichte etwa um 1 Uhr die Soirée ihr Ende. — Heute Vormittag hatte der Prinz-

amtlichen Depeschen, sondern in geheimen Instruktionen, vertraulichen Berichten und sogenannten Privatmittheilungen: aber das Parlament findet in den Blaubüchern genügenden Stoff zu rednerischen Schauspielen und begeht nicht, den Schleier des Geheimnisses weiter zu heben, als er von ministerieller Hand gelüftet worden ist.

Nach diesen Vorbemerkungen muß es einleuchten, daß wir den Enthüllungen des jüngst veröffentlichten Blaubuches über die Unterhandlungen wegen Savoyen & mir einen sehr bedingten Werth beilegen. Natürlich stehen alle darin enthaltenen Thatsachen in bester Übereinstimmung mit den Erklärungen und Andeutungen, welche den britischen Ministern durch parlamentarische Interpellationen abgerungen worden sind. Wir erfahren, daß Lord Russell erst von der Schweiz her von den Absichten Frankreichs auf Savoyen Kenntnis erhalten mußte; daß Lord John im Juli vorigen Jahre seine Einverständigung auf einen solchen Plan aussprach und darauf hinwies, daß der Kaiser Napoleon durch die Einverleibung Savoyens mit früheren Uneigennützige-Bethenerungen in Widerspruch gerathen, ein Gegenstand des Argwohns für Europa werden und eine Feindseligkeit ins Leben rufen werde, der sein Oheim zum Opfer gefallen sei; daß drei Tage darauf (am 8. Juli) Graf Walewski die Versicherung ertheilte, der Kaiser habe den Gedanken einer Einverleibung Savoyens in Frankreich gänzlich aufgegeben; daß Lord Russell über diese Erklärung seine lebhafteste Bevredigung zu erkennen gab; daß später, als England sich veranlaßt fand, die Sache wiederum zur Sprache zu bringen, die französische Regierung wiederholt ausweichende Antworten gab, bis endlich am 4. Februar Hr. v. Thouvenel die Erklärung gab, daß Frankreich eine Vergrößerung Sardinens durch die benachbarten Herzogthümer nicht geschehen lassen könne, ohne für eine größere Sicherung seiner südöstlichen Grenzen Sorge zu tragen; daß Lord Russell darauf seine ersten Einwendungen wiederholte und eine Bedrohung Frankreichs durch ein vergrößertes Sardinien nicht einsehen wollte; daß endlich Hr. Thouvenel am 18. Februar die Argumente des britischen Kabinetts zwar sehr gewichtig, aber nicht unüberlegbar fand. Be merkenswert ist noch, daß auch schon vor der Thouvenel'schen Erklärung Graf Walewski wiederholt angedeutet hatte, Frankreich werde eine Sicherung durch das Alpengebiet beanspruchen müssen, falls Sardinien durch weitere Annexionen zu einem mächtigen Staate heranwüchsse. Dennoch hatte Lord Cowley in seinen amtlichen Berichten keine Notiz von jenen Neuheiten genommen, weil, wie er meinte, es nicht angemessen sei, das britische Kabinett in eine offizielle Korrespondenz über eine hypothetische Frage zu verwickeln. Lord Cowley entfaltete in der Regel einen überaus lebhaften Geschäftseifer zu Gunsten des Tuilerienhofes und hat sich bekanntlich wiederholt nach Wien und London begeben, um den Wünschen seines kaiserlichen Freundes eine günstige Aufnahme zu sichern. Dagegen unterhält er das auswärtige Amt in London nicht gern von „hypothetischen Fragen“ und wollte vermutlich lieber abwarten, bis die napoleonischen Ansprüche aus dem Gebiete der Hypothesen in das der vollendeten Thatsachen übergeführt sei.

Aus dem Blaubuche erhellt nun allerdings, daß der englische Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten die Ansprüche Frankreichs auf Savoyen und Nizza amlich in keiner Weise unterstützt und vielmehr zu wiederholten Maleen Bedenken gegen die kaiserlichen Gelüste erhoben hat. Ja, Lord Russell ist sogar in einem Augenblicke früher Inspiration so weit gegangen, seinen freundlichen Vorstellungen durch den Hinweis auf die mögliche Gefahr europäischer Koalitionen einen etwas bittern Beigefügmac zu geben! Indessen läßt sich schwer glauben, daß der Kampf Englands gegen die französischen Pläne mit erheblichem Nachdruck geführt worden sei, weil in der Regel den Anstrengungen der britischen Diplomatie eben so wenig wie dem Übergewicht der britischen Seemacht ein sich barer Erfolg zu entgehen pflegt. Der Erfolg der von Lord John Russell geschleuderten diplomatischen Noten bestand aber nur darin, daß Hr. v. Thouvenel den britischen Diplomaten über die Gewichtigkeit ihrer Beweisführung Komplimente machte, und kurze Zeit darauf in Turin mit allem Nachdruck die Erfüllung des Programms zu verlangen, gegen welches jene Beweisführung gesichtet war. Es fragt sich, wie lange höfliche Worte und widerprechende Thaten als eine genügende Grundlage für das englisch-französische Bündniß werden gelten können.

Dent sch land.

Preußen. (Berlin, 9. März. Vom Hofe; Großfürst Thronfolger; Verschiedenes.) Die gestrige Soirée im Palais des Prinz-Regenten ist sehr glänzend gewesen und hatten zu derselben alle gegenwärtig hier anwesenden fürristlichen Familien Einladungen erhalten. In derselben fehlten nur der Fürst von Hohenzollern mit seiner Familie, welcher den Abend in Potsdam zubrachte, und die Fürstin zu Fürstenberg, welche keine große Gesellschaft wegen ihres hohen Alters betracht. Das Konzert begann, nachdem die hohen Herrschaften zuvor der Ballettvorstellung im Opernhaus beigewohnt hatten, um halb 10 Uhr und dauerte nur eine Stunde. Das Programm bestand aus 4 Pièces: 1) Duett und Terzett aus „Lucrezia Borgia“, gesungen von Frau Saemann-Paez und den Herren Formes und Salomon; 2) Arie aus „Tannhäuser“, gesungen von Frau Saemann-Paez; 3) Arie aus „Crocato“, gesungen von Frau Saemann-Paez und 4) Schlüß-Terzett aus „Ernani“. Nach dem Schlüß des Konzerts, das, wie schon gemeldet, von dem Generalmusikdirektor Meyerbeer geleitet wurde, nahmen die hohen Herrschaften das Souper ein und erreichte etwa um 1 Uhr die Soirée ihr Ende. — Heute Vormittag hatte der Prinz-

Regent eine Konferenz mit dem Fürsten von Hohenzollern und den Ministern v. Auerswald und v. Schleinitz und ließ sich darauf von dem Polizei-Präsidenten v. Beditz, dem Director des Hausministeriums v. Obstfelder und dem General-Intendanten v. Hülsen Vertrag halten. Mittags hatten mehrere höhere Militärs, unter ihnen die Generale v. Willisen und Synold v. Schütz, die Ehre des Empfanges. Die Lafel fand im Palais des Prinzen Friedrich Wilhelm statt. Die Fürstin von Fürstenberg machte heute mit ihrer Tochter Elisabeth der Königin im Schloß Sanssouci einen Besuch. Die Fürstin beabsichtigt in den ersten Tagen der nächsten Woche nach Schloß Schlawenitz zu gehen; der Fürst zu Hohenlohe-Dehringen wird der hohen Frau auf der Reise nach seinem Schloß das Geleit geben. Die Frau Prinzessin von Preußen und die Frau Prinzessin Friedrich Wilhelm vermaßen heute Nachmittag, nach der Rückkehr von der Spazierfahrt, längere Zeit bei der Fürstin; dieselbe nahm darauf mit dem Herzog und der Herzogin von Ratibor das Diner ein. Der Großfürst Thronfolger trifft nach dem aus Petersburg hier eingegangenen Nachrichten am Mittwoch früh mit großem Gefolge hier ein. Im russischen Gesandtschaftshotel ist zum Empfang des hohen Gastes schon Alles vorbereitet. Baron v. Badberg, General Graf Adlerberg und andere hochgestellte Personen werden bei seiner Ankunft auf dem Bahnhofe anwesend sein. Wie schon gemeldet, beabsichtigt der Großfürst Thronfolger nur wenige Tage an seinem Hofe seinen Aufenthalt zu nehmen und dann die Reise nach Nizza fortzusetzen; zuvor macht er der Königin in Sanssouci noch einen Besuch und wird alsdann seinen Weg über Karlsruhe nehmen. Welche Dauer der Großfürst Thronfolger seinem Besuch in Nizza zu geben gedenkt, ist hier noch nicht bekannt. — Der Geheimrat Illaire hatte heute Abend die Minister, einige Gesandte, Landtagsmitglieder und höhere Beamte zum Thee eingeladen. — Heute Abend gingen aus der Vorstig'schen Maschinenbauanstalt wieder drei Schnellzugsmaschinen von hier nach Bingen ab; dieselben sind für die Rhein-Nahe-Eisenbahn bestimmt und tragen die Nummern 1120, 1121 und 1122. Wiewohl die hiesigen Maschinenbauanstalten nicht unbedeutende Aufträge haben, so sind diese doch nicht so umfangreich, daß sie insgesamt ihre frühere Anzahl von Arbeitern beschäftigen können. Diese sind darum mit ihren, meist zahlreichen Familien in einer sehr traurigen Lage. Solche Leute sieht man schon seit einiger Zeit von einem Bahnhofe zum andern wandern, wo sie Arbeit suchen. Nur wenige finden die gesuchte Beschäftigung und darum ist die Not unter diesen Arbeitern sehr groß.

** Berlin, 9. März. [Die Lage; Armee reform.] Die politische Lage wird durch die Favoursche Antwort um nichts gebessert und dürfte den eingeleiteten Unterhandlungen zwischen den drei nordischen Mächten (gestern von uns erwähnt) keinen Aufschluß stillstand gebieten. Was diese Unterhandlungen selbst betrifft, so scheint man sich auf eine ausweichende Haltung Seitens Russlands gefaßt zu machen, während namentlich Lord Russell der wachsenden Opposition im Unterhause gegen die Einverleibungsprojekte des Kaisers Napoleon Rechnung zu tragen entschlossen ist. Die preußische Regierung würde sicher nicht mit Unwillen dem Eingehen recht zahlreicher Petitionen an die Stämme in Bezug der Savoyischen Frage zusehen; in dieser Frage dürfte übrigens eine Meinungsverschiedenheit im Lande nicht obwalten, während der Frhr. v. Schleinitz in den Petitionen eine ganz wünschenswerthe Grundlage und Stütze für die zu besiegende Politik Preußens finden würde. Wir geben dieser Idee an dieser Stelle Ausdruck, weil wir dieselbe für sehr praktisch und leicht ausführbar einerseits, und für patriotisch andererseits halten. — In Bezug auf die Heeresorganisationsfrage ist eine kleine Neigung zum Bessern zu konstatiren. Es scheint, als ob man jetzt schon so weit wäre, die von der Regierung für das erste Stadium der Neorganisation, also für die Übergangsperiode verlangten Summen, auf zwei Jahre, d. h. bis zum 1. Januar 1862 bewilligen zu wollen.

Y Berlin, 9. März. Herr v. Thouvenel; Stein Kohlen. In einem hiesigen diplomatischen Kreise wurde vom Rücktritt des Herrn v. Thouvenel und dem Wiedereintritt des Grafen Walewski ins Ministerium wie von einer bereits feststehenden Thatsache gesprochen. (Unter Louis Napoleon ist an keiner Stelle möglich, und es vermag bei der jetzigen Verwirrung des politischen Situations Niemand zu sagen, was der nächste Tag bringen wird; doch muß wohl noch eine anderweitige Bestätigung dieses Ministerwechsels abgewartet werden. D. Red.) Man bemerkte dabei noch besonders, daß Niemand mehr als Herr v. Thouvenel selbst von der unter den gegenwärtigen Umständen unendlich schwierigen Stellung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Frankreichs überzeugt sei. Er habe schon bei seiner Ernennung von Konstantinopel aus ernste Bedenken geäußert und andere Befürchtungen bloß im Kreise seiner Freunde ausgesprochen. Zu den letzteren hält an höchster Stelle und bei der genannten Kenntnis des Terrains die Überzeugung gehörte, das Graf Walewski bei den nahen Beziehungen zu Louis Napoleon auch nach seinem Rücktritt den seit dem Mai 1855 erlangten Einstieg beibehalten und mit seinen Ansichten durchdringen werde. Unbezüglich hätte Herr v. Thouvenel auch schon damals erklärt, daß jene Schwankungen des Kaisers nicht der Verwicklung der Angelegenheiten dienen seien, sondern nur der Verstärkung der Angelegenheiten, die von vielfach durchkreuzenden Interessen und dem augenblicklichen Erfolge dringlicher Vorstellungen der Parteien, die von ihrem Standpunkte aus oft gleich überzeugend und gerade deshalb um so schwerer auszugleichen und zu vermittelnden wären. (S. denn aber der ein fester Charakter, der sich von äußeren Einwirkungen bestimmten läßt? D. Red.) Noch setzte man hinzu, daß die Wiederaufnahme des ihm wohl bekannten Planes der Einverleibung Savoyens und Nizza's und der namentlich von England dagegen erhobene Einspruch, welcher mehr dem Küstenstrich als den Alpen gelten dürfte, ihm neue, große Verlegenheiten bereiten, ohne daß diese doch zum eigentlichen Brüche führen würden. — Was den öffentlichen Verkehr in unserer Hauptstadt anbetrifft, so hat sich in den letzten Wochen wieder einige Thätigkeit in manchen durch die Ungewissheit der Zeit und durch die starke Konkurrenz schwer gedrückten Geschäftszweigen bemerkbar gemacht; in andere wird erst die Wiedereröffnung der Schiffahrt neues Leben bringen, da der Gütertransport auf den Eisenbahnen noch viel zu hoch kommt, um die allerdings beschwerliche Schiffahrt auf den Flüssen und den Binnenseen wesentlich zu erleichtern. Der in Aussicht gestellte Erlös der Hälfte der Abgaben für Stein Kohlen am Förderungsorte und zugleich ein niedriger Tarif für deren Trans-

port wird hier nicht bloß dieses nützliche Produkt selbst, sondern auch alles andere Brennmaterial der unbenötigten Klasse zugänglich machen. Schon in diesem Winter hätten andere Verhältnisse die Preise des Brennholzes, die enorm hoch waren, herabgedrückt. Trotz der Konkurrenz mit den englischen Kohlen ist der Verbrauch der schlesischen Steinkohlen im vorigen Jahre sehr bedeutend gewachsen; einziges schlesisches Haus hatte für 400,000 Thlr. nach Berlin gesandt und abgelegt. Vorsätzlich sind die Lieferungen der um Altwasser bei Waldenburg gelegenen Ferdinandgrube und nächst dieser der Wrangel- und Heudt-Gruben geschäfzt. Sie kommen den englischen gleich und sind viel besser als die schottischen, mit denen Berlin überschwemmt und oft getäuscht wird, weil sie in zweiter Hand für englische ausgegeben werden. Man hat auch schon bemerkt, daß die schottischen Kohlen, mit schlesischen vermischt, als englische Kohlen in den Handel kommen.

— [Postwesen.] Es scheint, als wenn auch in der Postverwaltung das Bedürfnis eines ausreichenderen Erfuges in dem Beamtenpersonal sich geltend mache. Einer solchen Deutung ist wenigstens die nachfolgende „Bescheidung des Generalpostamts“ an die Oberpostdirektoren, vom 29. Febr. datirt, sehr zugänglich. Sie lautet:

„Von den Postexpedienten hat bisher nur ein verhältnismäßig sehr geringer Theil von der Vergünstigung Gebrauch gemacht, zu dem Postassistenten Examen verstatzt zu werden. Dieser Wahrscheinung müssen allgemeine Ursachen zum Grunde liegen. Für einen strebamen Beamten kann es, in Absicht auf seine Würthamkeit und Stellung in dem Berufslieben, kein näheres und dringenderes Interesse geben, als mit Hülfe seiner Kräfte vorwärts zu kommen und sich eine erweiterte und lohnende Laufbahn aufzuschlossen zu sehen. Allerdings bedarf es dazu der größeren Anstrengung der Kräfte, des entschiednen Willens, nicht stehen zu bleiben, sondern sich fortzuentwickeln und der erforderlichen Spannkraft, um Manches nachzuholen und an Kenntniß und Uebung sich über das gewöhnliche Maß der täglichen Anforderungen des laufenden Dienstes zu erheben. Es darf angenommen werden, daß es bei einer viel größeren Anzahl von Postexpedienten, als bisher zum Postassistenten-Examen gelangt sind, an dem Reime für solche Bestrebungen nicht fehlt, daß aber Mangel an Vertrauen, vielleicht auch äußere Umstände, so wie eine unzulängliche Beachtung der Entwicklung dieses Reimes hindern gewesen sind. Die Postbehörde kann natürlich nur beweisen, daß wirklich diensttufige, dem Berufe mit Eifer ergebene, unsichtige, von dem Verlangen nach Fortbildung nach erfüllte Männer zu der Postassistenten-Prüfung schreiten, um durch das Besteheen derselben die Überzeugung von dem Grade der erlangten Qualifikation zu gewähren und sich die Aussicht auf ein weiteres Vorwählen zu eröffnen, wodurch nächst den äußeren Vortheilen in der Beförderung dem eigentlichen Berufslieben um so größerer Werth verliehen wird. Ew. Hochw. werden aufgesordert, in diesem Sinne auf die Postexpedienten Ihres Bezirks sowohl selbst, als auch durch Vermittelung der Auffichtbeamten und der Amtsvertreter in anregender Weise einzutreten. Bis Ende April d. J. wünscht das Generalpostamt Ihren Bericht zu erhalten, ob und wie viel Postexpedienten des dortigen Bezirks voraussichtlich im Laufe des Jahres 1860 zu dem Postassistenten-Examen von Ihnen werden angemeldet werden können.“

Bielefeld, 8. März. [Demonti.] Verschiedene Zeitungen melden, daß ein Beamter des hiesigen Postamts seit Sonnabend sich von hier entfernt und eine bedeutende Geldsumme (angeblich 30—40,000 Thlr.) mit sich genommen habe. Wir können aus zuverlässiger Quelle versichern, daß diese Nachricht vollständig erdichtet, und daß hier nichts vorgekommen ist, was zu einer Mittheilung über einen Postdiebstahl hätte Anlaß geben können. (Pr. 3.)

Bonn, 8. März. [Das Arndt-Denkmal und die österreichische Regierung.] Der Geschäftsausschuss für das Arndt-Denkmal hatte sich, wie an die übrigen Fürsten Deutschlands, so auch an den Kaiser von Österreich mit der Bitte gewandt, dem Unternehmen Beistand und Förderung gewähren und die Veröffentlichung des „Aufrufes an das deutsche Volk“ in den k. k. Staaten gestatten zu wollen. Diese Bitte wurde vom Kaiser von Österreich unbedingt abgeschlagen, dem Ausschüsse sein Gefuch wie der „Aufruf an das deutsche Volk“ zurückgesandt und durch die österreichische Gesandtschaft in Berlin die folgende Entscheidung mitgetheilt: „Das nebst Beilagen angebogene Majestätsgefangen um Allergnädigste Bewilligung, den beigefügten Aufruf in die k. k. Staaten ergehen lassen zu dürfen, ist diese k. k. Gesandtschaft beauftragt, dem öbllichen Ausschüsse für Arndt's Denkmal zu Bonn mit dem Beurkunden zurückzustellen, daß Se. Majestät nicht geruht haben, eine Allerhöchste Entschließung darüber zu erlassen.“ Man kann es nur im höchsten Grade bedauern, daß den deutschen Bewohnern Österreichs die Gelegenheit entzogen wurde, ihr Einstehen für deutsche Interessen in offener und freier Weise zu erkunden. (K. 3.)

Düsseldorf, 8. März. [Einjährige Freiwillige.] In dem am 5. d. beendigten Examen für einjährige Freiwillige hatten sich im Ganzen 17 Aspiranten gemeldet. Nur zwei derselben erhielten das Zeugnis der Reife. (Düss. 3.)

Hirschberg, 8. März. [Starker Schneefall.] Ein seit mehreren Tagen anhaltendes Schneetreiben verhindert das regelmäßige Eintreffen der Posten, und wenn das Wetter so fortwährt, dürften alle Fuhrunternehmungen in die Ferne sehr fraglich werden. In Agnetendorf, Saalberg, überhaupt am niedern Abhange des Gebirges, verschwinden alle Gebäude mit jeder Stunde mehr und mehr, so daß in letzterem Orte mehrere Häuser nur noch die Hälften ihrer Bedachung über dem ellenhohen Schnee erblicken lassen. Dabei ist nach den, allerdings nicht zuverlässigen Anzeichen des Thermometers und Barometers und allen übrigen Witterungs-wahrnehmungen nicht zu bald ein Ende der Verhältnisse vorauszusehen, und der Himmel behüte uns deshalb nur vor plötzlichem Thau- oder gar Regenwetter. (Schl. 3.)

Münster, 8. März. [Mission nach Rom.] Am vorgestrigen Nachmittag sahen wir den Klerus unserer Stadt zahlreich im hiesigen Bahnhofsgebäude versammelt, um dem Generalvikar Brinkmann bei seiner Abreise nach Rom Lebewohl zu sagen. Derselbe wollte in Hamm mit dem Bischofe Dr. Melchers von Osnabrück zusammen treffen, um gemeinschaftlich mit diesem über Köln, Straßburg, Lyon und Marveille die Fahrt zum Grabe des Apostelfürsten zu machen. Die Reisenden denken in den ersten Wochen nach Ostern zurückzukehren. Noch kurz vor seiner Abreise hatte der Generalvikar die Freude, von einem Unbenannten einen „Peterspfennig“ in fünf Banknoten à 100 Thaler entgegengenommen. In der neunten Nummer des kirchlichen Amtsblattes hat unser Bischof eine allgemeine Sammlung für den bedrängten heiligen Vater auf den 4. Fastensonntag angeordnet. (W. M.)

Nürnberg, 9. März. [Neue Schule.] Der Magistrat und die Stadtverordneten haben einstimmig beschlossen, zum 1. April d. J. eine dreiklassige Schule, mit dem Ziele der Quarta eines Gymnasiums hier einzurichten, um das in den letzten Jahren immer dringender sich geltend machende Bedürfnis eines besseren und erweiterten Unterrichts, als solcher in der jegigen Stadtschule ertheilt wird, zu befriedigen. (Pomm. 3.)

Plauen, 7. März. [Eisenbahnglück.] Gestern Vormittag sind zwischen Mühltheuer und Reuth zwei Eisenbahnzüge zusammengestoßen; die Lokomotiven und mehrere Wagen sind arg

beschädigt, Lokomotivführer und Schaffner dabei verunglückt. Der Bahnverkehr ist gänzlich unterbrochen, ein Gleis total verschrottet und der Schnee liegt auf vielen Stellen vier Ellen hoch. (L. 3.)

Oestreich. Wien, 8. März. [Das Patent über die Verstärkung des Reichsrathes.] Es war in der Stadt das Gerücht verbreitet, daß in kürzester Frist dem Reiche eine allgemeine Landesvertretung verliehen werden, und jetzt bringt die „Wiener Zeitung“ das kaiserliche Patent, durch welches eine Verstärkung des Reichsrathes mit außerordentlichen Reichsräthen angeordnet wird. Wenn auch anerkannt werden muß, daß die Regierung hiermit wenigstens den Willen an den Tag gelegt hat, in diejenige Bahn einzulenken, auf welcher allein die unleugbaren und dringenden Bedürfnisse des Landes befriedigt werden können, so muß doch der Eindruck, welchen dieses Patent auf die hiesige Bevölkerung hervorgebracht hat, als der einer Enttäuschung bezeichnet werden. Vor drei Monaten würde man eine solche Anordnung mit dankbaren Freude begrüßt und ihr in der Hoffnung entgegengesetzt haben, daß sie der erste Schritt zu einer durchgreifenden Änderung des inneren Verwaltungssystems, daß sie der Beginn einer neuen Fortschritts-Ära sein werde. In dieser Zeit ist Vieles über uns hingegangen, manche Erwartung unerfüllt geblieben und daher das Vertrauen nicht mehr so frischlebendig und hingehend. Die Börse hat das Patent nicht nur mit keiner Haushalt begrüßt, sondern Anfangs mit Gleichgültigkeit aufgenommen, der sogar ein Rückgang der Kurse folgte, denn im Laufe des Geschäfts erinnerte man sich der freudigen Stimmung, welche das bekannte liberale Ministerprogramm vom 20. August v. J. hervorgerufen, und der geringen praktischen Erfolge desselben, die jene Stimmung leider als unberechtigt erscheinen lassen; man gedachte der Gemeindeordnungsberathungen, auf die man so große Hoffnungen gesetzt und die jetzt im Sande verlaufen sind, ferner der Verheizungen in Betreff der gesetzlichen Behandlung der Presse und der darauf erfolgten Maßregelungen derselben, so wie mancher anderen freisinnigen Anläufe, welche die erwarteten Früchte nicht getragen haben. Nach solchen Erfahrungen darf es nicht Wunder nehmen, wenn das Vertrauen der Geschäftswelt nicht mehr dasselbe bereitwillige Entgegenkommen zeigt, zumal wenn, wie es in diesem Falle geschieht, das Dargebotene hinter den lange gehaltenen Erwartungen weit zurückbleibt. Es hat sich nun einmal die Überzeugung im Lande festgesetzt, daß nur eine wirkliche, für alle Landestheile gemeinsame, auf Wahl beruhende Landesvertretung die Hemmnisse beseitigen könne, welche der so nothwendigen kräftigen Fortentwicklung und Erneuerung der inneren Zustände Österreichs entgegenstehen, und dieser bis in die weitesten Kreisen verbreitete Auffassung entspricht eine bloße Verstärkung des Reichsrathes allerdings nur in sehr geringem Maße. (Pr. 3.)

— [Tagesnotizen.] Das kaiserliche Patent vom 26. v. M., durch welches ein neues Gesetz über Waarenbörsen und Waarenfale erlassen wird, wird in der „Wiener Z.“ publizirt. — Der Herzog von Modena kehrt am 12. von Venetia nach Wien zurück. — Der seit voriger Woche hier verweilende russische General Verewansoff hat seine Reise nach Triest fortgesetzt. — Der türkische Gesandte, Haidar Effendi, welcher sich auf der Rückreise von Petersburg einige Tage hier aufhielt, ist nach Konstantinopel weiter gereist. — Der nunmehr in allen Theilen und von allen Seiten überrevidirte Entwurf zu einem Gemeindestatut der Stadt Wien ist jetzt an die Statthalterei zur weiteren Prüfung und Genehmigung geleitet worden. — Dem Berliner „Charivari“, herausgegeben von Held, ist von Seiten des Polizeiministeriums der Postdebit in den österreichischen Staaten entzogen worden. — Auf die Bitte der beiden evangelischen Konfessionen in Wien hat die kais. Regierung genehmigt, daß die Melanchthonseier auch in Österreich begangen werden darf. — Aus Preßburg, 6. März, wird gemeldet, daß die evangelische Gemeinde in dritter Stadt sich fast mit Einstimmigkeit geweigert habe, sich dem kaiserlichen Patente vom 1. Sept. und der ministeriellen Ordonnanz vom 2. Sept. zu unterwerfen. — In Brünn sind am 4. März um 10 Uhr Nachts zwei Finanzwachposten bei dem Ziegelschlage, an der Linie der Wienergasse, von mehreren Männern überfallen und nach einem heftigen Kampfe, wobei der Gewehrschädel des einen Finanzwachaufsehers in Trümmer ging, bewältigt worden. Der eine Posten wurde tödlich, der andere schwer verwundet. Von den Angreifern sind sechs durch die Polizeipatrulle gefangen eingezogen worden; die übrigen Uebelthäter entflohen. — Auf der nördlichen Eisenbahnstrecke sind Bettwagen eingerichtet, deren Bestellung wie bei den Salonwagen zu geschehen hat. Es können ganze Bettwagen oder einzelne Koupés derselben benutzt werden. — Nach den Beobachtungen der k. k. Zentralanstalt für Meteorologie schwärmen am 3. d. M. die Honigbienen im Freien.

— [Deutschland und Preußen.] Die offiziöse „Donau-Zeitung“ bringt einen Leitartikel unter vorstehender Aufschrift dem wir folgende charakteristische Stelle entnehmen:

„Betrachtet man die Verbindungen, welche zwischen dem Leben Preußens und des übrigen Deutschlands bestehen, so sieht man bald eine merkwürdige Ereignung. Es gibt nicht bloß eine preußische Partei in Deutschland; es gibt auch eine starke und thätige deutsche Partei in Preußen. Was immer die Geister und Gemüther in dem übrigen Deutschland bewegen, es findet seinen starken und lebendigen Wiederhall in Preußen; bald in seiner Presse, bald in seiner öffentlichen Meinung, bald in seinen Parteien, beinahe auch in seiner Landesvertretung. Es ist keine Frage: man kann gar nicht in Preußen allein leben, wenn man in Preußen lebt. Preußen hat gegen Deutschland eine so lange und gewundene politische Grenze, daß es eigentlich dort gar keine mehr hat. Preußen hat seine wahre Grenze nur noch gegen Frankreich und Rußland. Im Innern des deutschen Kontinents gehen die Menschen, die Interessen, die Gedanken, die Güter, die Hoffnungen und Bestrebungen so durcheinander, daß man so zu sagen der Grenzpfahl bedarf, um an die Grenzen erinnert zu werden. Was so für das Leben im Allgemeinen gilt, das gilt in eigenthümlicher Weise auch für die eigentliche Regierungstätigkeit des preußischen Staates. Man kann Alles, was Preußen seit einem halben Jahrhundert für das öffentliche Leben im weitesten Sinne gethan, in zwei Theiletheilen. Was die eigentlich preußischen, auf die eigentlich preußischen Zustände bezüglichen Geschehnisse und Thätigkeiten betrifft, so läßt sich nicht leugnen, daß sie vorwiegend negativer Natur gewesen sind: Begräumung von Hindernissen, Kampf mit allerlei Beschränkungen, Erziehung freier Bewegung nach allen Richtungen. Wie bestimmt sind nicht wieder heuer die Vorlagen vor den beiden Häusern charakteristisch! Gesetz über Ehehindernisse, Gesetz über Militärreform, Gesetz über Regulirung der Grundsteuer &c. Aber so wie der Gegenstand einen allgemein deutschen Charakter bekommt, wie ganz anders wird dann Form und Inhalt! Raum handelt es sich um Deutschland, so wird Preußen positiv, zum Theil sogar sehr positiv. Entstand der Solverein, der Münz- und Postverein &c, und Das ist es, was das übrige Deutschland daran gewöhnt, Preußen als das entscheidende Territorium anzusehen. Aber dafür muß es seinen Preis zahlen. Es muß die Parteien des deutschen Lebens in sich aufnehmen und verarbeiten: es darf keine ausschließen; es darf nirgend den Verkehr zwischen sich und ihnen fören: es muß

sich gefallen lassen, daß es heftig angegriffen wird; es muß nicht fürchten, sich selbst zu verlieren, während es sich hingibt. Es ist gewiß, die Parteien, durch welche Preußen mächtig ist, sind eben keine speziell preußischen Parteien. Die letzteren sind gewaltig täppisch, wenn sie auftreten in Dingen, die jenseit des Waagergebietes der Spree oder des Sandgebietes der Mark liegen; sie machen exträgi, weil sie im Grunde nicht so gar gefährlich ist. Aber wenn es gilt, eine der oben bezeichneten Dingen zu verwirklichen, dann greifen Alle in die Speichen des Rades, und vorwärts rollt es.“

— [Zur italienischen Frage.] Der „H. B. 3.“ wird von hier geschrieben: Die savoyische Frage müßte für Frankreich ein schlechtes Ende nehmen, wenn der Kaiser Napoleon nicht nur mit den Großmächten über dieselbe verhandeln, sondern auch nach dem eventuellen Resultate dieser Verhandlungen vorgehen wollte. Wie das Wiener Kabinett über die von Frankreich angestrebte Territorialvergrößerung denkt, darüber kann man sich nach Durchlesung eines Artikels in der offiziösen „Donau-Zeitung“ vollständig orientieren. Das erwähnte halbamtliche Blatt führt eine Sprache gegen Frankreich, die die gerechte Stimmung unserer gouvernentalen Kreise über die rücksichtlose Prozedur an der Seine sehr treu abspiegelt. Wenn sämtliche Kabinette der Großmächte über die savoyische Frage mit dem diesseitigen Kabinett übereinstimmen, und dieser Nebeneinstimmung durch mehr als bloße Proteste Ausdruck geben würden, so könnten allerdings die französischen Arronditungen Gefahr laufen, fehlzuslagern. Wie die Sachen jedoch in Wirklichkeit stehen, braucht Kaiser Napoleon wegen Mühlings seiner diesfälligen Pläne sich wenig zu beunruhigen, da er bei der eventuellen Annexion Savoyens von Seiten der Großmächte ebenfalls thätigen Widerstand zu erwarten hat, wie dies in seinem eigenen Ministerkonseil der Fall ist, wenn er nach stillschweigender Anhörung der Ansichten seiner Kronräthe gerade das Entgegengefechte von dem verfügt, wofür letztere sich ausgesprochen haben. Kaiser Napoleon wird, um seinem Ver sprechen treu zu bleiben, jedenfalls sämtliche Großmächte über die savoyische Annexion konsultiren, und nachdem das Resultat dieser Schritte negativ ausgestellt sein wird, die Erwerbung Savoyens zur vollendeten Thatsache machen. In die Halle jedoch, die der Kaiser der Franzosen im Bunde mit seinem Freunde Cavour durch Aufstellung seines neuen Programms zur Lösung der mittelitalienischen Frage Oestreich gestellt hat, wird man hier nicht gehen. Man betrachtet die Annexion auch in Folge dessen der Kaiser der Franzosen Piemont der fremden Intervention Preis giebt, so wird dennoch Oestreich diesmal sein enthaltsam sein, und von der ihm hingeworfenen Lockpfe nicht profitieren. Dies Verhalten jedoch schließt keineswegs aus, daß man hier noch die Eventualität eines neuen Krieges fortwährend scharf im Auge behält. Wenn die Angelegenheiten Mittelitaliens nach dem in Paris und Turin vereinbarten Programm sich gestaltet haben, so kann es nicht ausbleiben, daß Venetien das nächste Objekt der aggressiven Tendenzen der sardinischen Politik bilden werde. Der Krieg ist dann unvermeidlich, aber es wird ein Defensivkrieg für Oestreich sein, und als solcher birgt er größere Chancen für ein glückliches Resultat, als wenn man sich hier hinreissen lassen würde, den Po oder Mincio zu überbreiten. Daß man hier an vertheidigen zu müssen, darauf deuten verschiedene Anzeichen hin, und wenn auch offiziös (es geschieht dieses in einer Notiz der „Dest. Ztg.“) in Abrede gestellt wird, daß das bereits seit mehreren Tagen kürzende Gericht über die Einberufung der beurlaubten Mannschaften unter die Fahnen begründet sei, so sind wir dennoch dem entgegen in der Lage, mitzutheilen, daß allerdings seit drei Tagen die Beurlaubten der zweiten in Italien stehenden Armee Orde erhalten haben, zu ihren Regimentern einzurücken.

— [Flotille auf dem Gardasee.] In dem Arsenal von Venetia werden mehrere kleinere und leichtere Fahrzeuge ausgerüstet und mit Springarden bewaffnet, um zum Patrouillendienst auf dem Gardasee verwendet zu werden, und es wurden hierzu mehrere vorzüglich gebaute Fischerboote aus Chioggia angelauft. Die Aktivierung dieses Patrouillendienstes soll bereits in den nächsten Tagen erfolgen, und die Hauptstationen dieser Fahrzeuge sich in Peschiera und Riva befinden, zu deren Leitung und Bemannung das Personal des nun aufgelösten Flotillenkorps theilweise verwendet wird. Offiziere und Mannschaft des Flotillenkorps werden theils zur Kriegsmarine, theils zur Infanterie und dem Pionierkorps eingethieilt werden.

Bayern. München, 8. März. [Feuersbrunst.] Sonnabend wurde von hier aus eine große Feuersbrunst bemerkt. Das Feuer brach im Stadel eines Bauernhauses zu Gremetshausen (in einem einige Stunden von Freising entlegenen Dorfe) Nachts 11 Uhr aus, und in kurzer Zeit standen bei dem orkanähnlichen Sturm zwölf Gebäude in hellen Flammen, deren Bewohner sämtlich, im festen Schlaf überrascht, mit Roth nur das Hemde auf dem Leibe zu retten vermochten. Die Frau des Bauern Berner, bei dem das Feuer ausbrach, ihre 19jährige Tochter und ihr 9jähriges Töchterchen hatten sich in den Keller des Hauses geflüchtet, und fanden dort, wahrscheinlich durch den Rauch erstickt, ihren Tod. Ferner fanden den Tod in den Flammen zwei arme Hirtenknaben und die Freisinger Botin, leichtere bei dem verzweifelten Verlust noch ihr kleines, in 400 fl. bestehendes Vermögen, das mühsam ererbungene Sparvaiß eines ganzen Lebens, zu retten. Aber außer diesen sechs Opfern liegen noch elf Personen so schwer durch Brandwunden verletzt, daß zu bezweifeln ist, ob sie gerettet werden können. Außerdem verbrannten noch an 120 Stück Getreide, Futtervorräthe, Ackergeräthe aller Art, Hausgeräthe, Kleider &c. Nur die Kirche, das Pfarrhaus, die Schule und das Wirthshaus nebst den dazu gehörigen Dekonomegebäuden scheinen stehen geblieben zu sein. Es besteht schwerer Verdacht, daß Brandstiftung im Spiel war. Die Abgebrannten gehören fast sämtlich minder bestimmten Classe an. (A. 3.)

Hannover. Hannover, 8. März. [Aus der Zweiten Kammer.] Ganz anders als die Erste, hat gestern die Zweite Kammer über den Antrag des Finanzausschusses gedacht, von der Regierung ein genaues Verzeichniß des nicht ausgeschiedenen Domänenbesitzes zu erbitten. Sie hielt es für eine ganz unerlässliche Bedingung, daß die Stände die Basis eines Einnahmeanschlages kennen, und es begrißt die Herren aus der ständischen Finanzverwaltung nicht, wie die Regierung aus diesem Begehrten der Stände auf ihre Neigung schließen könne, sich in die Verwaltung zu drängen. Hr. v. Borries gab sich die größte Mühe, die Verantwortlichkeit des Antrages nachzu-

weszen, der den Keim zu nichts als Zwistigkeiten zwischen Regierung und Ständen berge; er warnte wohlmeint vor der Annahme und eröffnete, um die Schwierigkeiten der Ausführung anzudeuten, daß gar kein Generalinventar vorhanden sei. Aber, wurde ihm entgegnet, wenn denn die Domänenverwaltung selbst nicht einmal wisse, was sie habe, so sei sie eher eine Mißverwaltung, als eine Verwaltung zu nennen. Bis auf 7 oder 8 Mitglieder in der nächsten Umgebung der Minister stimmte die ganze Kammer für den Antrag. Der folgende Antrag, welcher Auskunft über die Gelder verlangte, die hier gleichsam die geheimen Fonds bilden, wurde einstimmig genehmigt. Herr v. Borries bestreitet es, daß diesen Geldern der Charakter geheimer Fonds beigelegt werden könne, und versichert, die künftige Ausklärung würde auch ergeben, daß sie gut verwendet würden. (Pr. 3.)

Württemberg. Stuttgart, 8. März. [Brutalität.] Aufsehen erregt hier ein neuer Skandal, Causa: Saurma-Zeltisch. Bekanntlich ist der Sohn des bekannten Grafen mit einer (getauften) Jüdin aus Stuttgart verlobt. Der Redakteur des „Beobachters“, Abgeordneter Hof, theilte in seinem Blatte eine Korrespondenz aus Königsberg, Saurma'sche Familienverhältnisse betreffend, mit. Diese Injunction hat ihm einen brutalen Ueberfall zugezogen. Am Sonntag Abend erschienen in der Wohnung des Redakteurs, einem abgelegenen Gartenhause, zwei elegante Herren, hielten dem Publizisten die betreffende Nummer des Blattes vor, und begannen mit der Reitpeitsche dem Hof argumenta ad hominem zu applizieren. Dieser wehrte sich, und da sein Kapitol auch sonst zeterstrichende Hüterinnen hatte, haben sich die beiden Hausfriedensbrecher bald auf die Defensive theils gegen Hof, theils gegen einige Mitbewohnerinnen des Hauses beschrankt und darauf zur Reitrade veranlaßt. Ein gravirendes Corpus delicti, einen Schirm mit goldenem Knopf und Namens-Initialen, ließen sie zurück, so daß die bereits eingeleitete Kriminaluntersuchung unschwer die Thäter ausfindig machen wird, nach Anderen schon ausfindig gemacht haben soll. (R. 3.)

Baden. Karlsruhe, 7. März. [Antrag auf Einführung der Zivilhe.] Folgendes ist der Wortlaut der von dem Geb. Hofrath v. Mohl in der Ersten Kammer eingebrachten Motion:

Zustände hinsichtlich gemischt Ehen haben sich in der jüngsten Zeit noch in einer Weise verschlimmert, welche eine unmittelbare Abhängigkeit dringend fordert. Seit einer Reihe von Jahren hatte nämlich bei einer gemischten Ehe die katholische Geistlichkeit zwar die Trauung verweigert, wenn nicht ein bindendes Versprechen auf katholische Erziehung sämtlicher Kinder gegeben war; dagegen sprachen sie keinen Anstand, diejenigen Vorschriften zu befolgen, welche nach der Theorie der Ehe 18 und 20, so wie nach L.-R. S. 63 ff. den Beamten des Bürgertums obliegen. Namentlich waren die Proklamationen, und in Folge deren die Ausstellungen der Entlassungsscheine ohne Schwierigkeit erfolgt. Seit kurzer Zeit kommen jedoch in allen Theilen des Landes Fälle vor, in welchen der zuständige Pfarrer des katholischen Rupturiendienstes auch schon die Proklamation verweigert, außer wenn in notarieller Urkunde katholische Erziehung der Kinder verpfochten ist. Durch diese Verlagerung der Proklamation wird nun aber auch die protestantische Trauung, welche bisher den Brautleuten noch möglich war, verhindert. Der Pfarrer des protestantischen Theiles darf ohne Entlassungsschein von Seiten des katholischen Parochus bei schwerer Strafe nicht trauen, mag er auch den Trauschein der weltlichen Behörde in Händen haben und mag bei der von ihm vorgenommenen Proklamation eine Einsprache nicht erfolgt sein. Es kann also die Ehe gar nicht stattfinden, oder sie wird nur mit Gewissensbelästigung des Einen oder des Anderen der Brautleute ausführbar. Entweder muß nämlich jetzt der Katholik zur protestantischen Kirche übertragen, oder der Protestant ein Versprechen geben, seine Kinder sämmtlich katholisch werden zu lassen. Es ist keine besondere Ausführung nötig, um die Unleidlichkeit dieses Zustandes nachzuweisen. Zunächst ist es gezeigt, daß der Staat selbst einen seiner Beamten, welcher die Gesetze pünktlich befolgt hat, an der Vollziehung einer erlaubten und selbst gebotenen Handlung hindert, weil ein Anderer diesem Gesetz Gehorham verweigert. Sodann ist es eine offenkundige Verleugnung der Selbständigkeit und Gleichberechtigung der protestantischen Kirche, daß sie eine religiöse Handlung, in Beziehung auf welche für sie keinerlei Hindernisse vorliegen, und welche sie zu begehen wünscht, nicht vornehmen darf, weil die katholische Kirche ihrerseits sie nicht begeben will. Endlich ist einleuchtend, wie schwer die jetzt den Brautleuten gestellte Alternative je nach subjektiver Überzeugung oder nach besondren Verhältnissen fallen kann. Entweder mögen die schlimmsten Verwirrfälle in der Familie und vielleicht bittere, zu späte Neue eintreten, sei es bei dem Knoerliten des katholischen Theils; oder aber werden Gefühle, Rechte und Interessen verletzt beim Beibehalten eines jeden Theiles an seiner religiösen Überzeugung, und somit bei der Unmöglichkeit der beabsichtigten Ehe. Offenbar bedarf es hier einer Abhülfe. Es wäre ungerecht, wenn der Staat unthalig einer Bedrängnis von Bürgern zusiehten würde, welche lediglich aus der Nichtvollziehung seiner eigenen Gesetze herrüpt. Und zwar darf mit dieser Hülfe nicht gezögert werden. Schon jetzt stehen in einer Reihe von Fällen die unzweckhaftesten Rechte und Interessen auf dem Spiel, und natürlich vermehr sich das Unheil immer weiter bei der so gemischten paritätischen Bewohnung des Landes. Namentlich kann der jetzige Zustand nicht bis zu einer endlichen Regelung der ganzen Ehegesetzgebung im Austrand bleiben, da diese besten Fällen noch Jahre lang auf sich warten lassen wird. Allerdings hat die großzügige Regierung wenigstens in einigen Fällen Hülfe zu leisten geachtet; allein es genügt das angewendete Mittel bei weitem nicht. Es ist nämlich in jüngster Zeit mehrere Male durch Erlass im großherzoglichen Staatsministerium angeordnet worden, daß an die Stelle einer verweigerten katholischen Proklamation eine Verkündung durch den Bürgermeister der betreffenden Gemeinde einzutreten habe. Unter den gegebenen Umständen mag administrativ vielleicht nichts anderes möglich gewesen sein; allein es leuchtet ein, daß diese Verfügen in dreifacher Beziehung den notwendigen Forderungen an einen richtig geordneten Zustand nicht genügen. Erstens haben die Betheiligten kein Recht auf eine solche Verwilligung und ist diese vielmehr nur Gnadenjache. Die Möglichkeit, eine, gegen die Gesetze nicht verstoßende Ehe einzugeben, muß aber nicht in das Erwissen der Regierung gestellt, sondern unbedingtes Recht sein. Zweitens bringt die Verfolgung einer Beschwerde durch alle Instanzen bis zum Staatsministerium eine beträchtliche Verzögerung mit sich, welche von den größten Nachtheilen sein kann oder wohl auch unstillbar Verhältnisse zur Folge hat. Drittens und hauptsächlich aber ist keinerlei Sicherheit vorhanden, daß eine auf solche Weise ermöglichte Ehe als eine gültige wird vom Richter erachtet werden, indem eine gelegentlich notwendige Form im Verwaltungsweg abweichen wird, ohne daß das Gesetz eine Befugnis dazu ausdrücklich anerkennt. Eine genügende Hülfe muß also anders verschaffen sein, und es ist die Frage: was zu thun sei? immer noch eine offene. Zunächst wird man natürlich an die zwangsläufige Aufrechterhaltung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über Proklamation denken; und es möchte auch der Beweis leicht scheinen, daß es sich hier lediglich von einem bürgerlichen Gesetz handle, indem jedenfalls die Vorschriften des Landrechts den „Beamten des Standes“ gegeben seien, somit keine kirchliche, sondern eine staatliche Funktion vorliege. Dennoch ist es wohl eben jetzt nicht an der Zeit, die Angelegenheit prinzipiell zur Entscheidung zu bringen, da es nicht ratsam wäre, die bestehenden Verwirrfälle um einen neuen Streitgegenstand zu vermehren. Auch darf nicht übersehen werden, daß die vom Staat als rechtliche und polizeiliche Vorschriftenmaßregel angeordnete Verkündung durch die Beamten des bürgerlichen Standes in der katholischen Kirche auch auf kirchlichen Vorschriften beruht (namentlich auf solchen des 4. Lateranischen und des Tridentinischen Konzils) und daß somit ein Beistehen der Staatsgewalt auf dem weltlichen Gesetze als ein unzulässiger Eingriff in kirchliche Funktionen dargestellt werden könnte. Es ist daher vertheidigbar und ratschlich, den in Notstand befindlichen Landesangehörigen durch eine zwar gelegliche, aber den kirchlichen Kreis ganz vermeidende Maßregel zu helfen. Solcher Ausführungen sind denn aber an sich mehrere möglich; und vor Allem liegt solches der Gedanke nahe, die erlöschene Bestimmung des §. 2 des provisorischen Gesetzes vom 6. November 1846, nach welcher eine Bekanntmachung des Bürgermeisteramtes an der Rathausbüro an die Stelle der verweigerten

Bekanntmachung in der Kirche zu treten habe, wieder in Wirkung zu setzen und zur bleibenden Norm bis zur endlichen Regelung der Ehegesetzgebung zu erhöhen. Dem Allem gemäß erlaube ich mir denn, Durchlauchtigste, hochgeehrte Herren, den Antrag zu stellen: Es wolle die hohe Kammer Se. R. O. den Großherzog mittels allerunterthänigster Adreß darum bitten, noch auf dem gegenwärtigen Landtag den Ständen einen Gesetzentwurf vorlegen lassen, welcher die Eingehung einer gesetzlichen Ehe auch in dem Fall ermögliche, wenn die Proklamation von dem Pfarrer des einen der künftigen Ehegatten ohne rechtmäßigen Grund verweigert werden sollte.“

— [Konkordat; Prozeß.] Der Abgeordnete Hildebrand hat in der Kommissionssitzung seinen sehr umfangreichen Bericht über das Konkordat verlesen. Die Verhandlung in der Zweiten Kammer wird wohl noch 3—4 Wochen ausgezogen bleiben. In der vorgestrigen Sitzung der Zweiten Kammer wurden wieder 65 Eingaben zu Gunsten des Konkordats angemeldet. Die hiesige Adresse hatte 629 Unterdriften katholischer Männer, darunter 149 Staatsdiener. Großes Aufsehen macht eine von dem bekannten Volkschriftsteller Prof. Alban Stolz in Freiburg erschienene Schrift: „Der Schmerzensschrei im Durlacher Rathaus.“ — Der verantwortliche Redakteur und Verleger der „Badischen Landeszeitung“, E. Maclot, ist wegen eines Artikels vom Großherz. Hofgerichte zu einer Gefängnisstrafe von 20 Wochen verurtheilt worden, hat aber den Rekurs ergripen. Wegen drei weiterer Artikel steht derselbe noch in Untersuchung. (N. P. 3.)

Massau. Wiesbaden, 7. März. [Die Konkordatsangelegenheit.] Aus Veranlassung der Rüdesheimer Petition gegen ein Konkordat hat das bischöfliche Ordinariat zu Limburg unter dem 22. Februar ein Generalreskript an die Dekane erlassen, worin diese Petition im Einzelnen zu widerlegen versucht und als eine den Katholiken schwer zu vergebende Verkündigung gegen die Kirche dargestellt wird. Der Pfarrklerus wird angewiesen, „um weitere Verführungsvorläufe zu vereiteln“, durch Predigt und Privatbesprechung die Pfarrkirchen über die schwere Sündhaftigkeit jeder wie immer gearteten Beihilfe an der Agitation gegen ein Konkordat zu belehren, den Unterzeichnern der Petition aber zu eröffnen, daß sie bei dem durch ihre Unterzeichnung gegebenen öffentlichen Anerkennung und wegen der Kirchengefährlichkeit der Petition nicht gültig absolvirt werden könnten, wenn sie nicht ernstlich bereuteten und ihre Unterschrift direkt oder indirekt zurückzogen. Die Maßregeln gegen die „Rädelsführer“ aber werden näherer Bestimmung reservirt. Sodann wird dem Clerus zur Pflicht gemacht, dafür zu sorgen, daß die katholischen Gemeinden, dem verderblichen Treiben der Gegner des Konkordats gegenüber, ihre kirchliche Gestaltung und ihre Übereinstimmung mit dem bischöflichen Verlangen bezüglich der Erledigung der Kirchenfrage recht bündig erläutern. Schließlich wird darauf aufmerksam gemacht, daß bei Abgeordnetenwahlen die kirchliche Gestaltung des Mandataten nicht gleichgültig sei. Die Herren Deiane sollen die Pfarrer nach Maßgabe des Reskripts instruieren und dieselben anweisen, „bevorderlich über den Erfolg ihrer Pastoralbemühungen auf dem Dienstweg an das Ordinariat zu berichten.“ Mit diesem Reskript erklärt sich die ungemeine Rührigkeit in Zustandekommen von Petitionen zu Gunsten des Konkordats. Die aus sieben Mitgliedern bestehende Bittschriftenkommission der Zweiten Kammer hat sich mit fünf gegen zwei Stimmen gegen jedes Konkordat (oder „Konvention“) ausgesprochen.

Schleswig. 6. März. [Die Untersuchung gegen Dr. Heiberg; dänische Tortur.] Die von dem hiesigen Polizeiminister Jörgensen eingeleitete, von dem Magistrat daselbst aufgenommene Kriminal-Untersuchung gegen den Buchhändler Dr. Heiberg wird von der Behörde so qualifiziert: „wegen absichtlicher Verbreitung einer von ihm in der Tzehoer Druckerei bestellten, resp. von da bezogenen Druckschrift aufrührerischen und aufwieglerischen Inhalts.“ Diese Druckschrift ist die Adresse der Ständeversammlung. Ungehindert hat dieselbe in deutschen und dänischen Zeitungen abgedruckt werden können, kein Verbot ist erlassen, keine Untersuchung gegen die Redaktionen der Zeitungen eingeleitet. Einseitig gegen Dr. Heiberg, einen wegen seines Patriotismus bekannten Mann, wird mit einem Kriminal-Versfahren vorgegangen. Es ist nun sehr wahrscheinlich, daß dänischerseits gegen die 26 Abgeordneten der schleswigschen Ständeversammlung nach Beendigung der jetzigen Diät ebenfalls eine Kriminal-Untersuchung eingeleitet werden wird. Es gilt, diese Männer für wahlunfähig vor den im August-Monate anzustellenden Wahlen zu erklären, um womöglich eine dänische Majorität in der Ständeversammlung zu erlangen, was freilich doch nicht gelingen wird. Die Adresse an den König soll ein Verbrechen sein, während dieselbe einfach an die Haltung der Verträge von 1851 und 1852 erinnert. In den Verhören, welche ungeachtet der dawider von Heiberg bei dem Appellationsgericht eingebrauchten Beschwerde fortgesetzt werden, sucht man hinein zu inquirieren, daß der Vertrieb nicht in buchhändlerischer, sondern in politischer Absicht geschehen sei. Die Buchhandlung ist und bleibt geschlossen, ungeachtet die Untersuchung der selben und die Nachsicht des Hauptbuches nichts über den Betrieb verbotener Druckschriften ergeben hat; Heiberg und seine beiden Gehilfen sind auf die Stadt Schleswig kontinuit. Jetzt geht die Behörde sogar so weit, daß sie dem Dr. Heiberg zu erkennen gegeben, es solle der Vorbehalt des sogenannten Amnestie-Patents vom 29. März 1851 gegen ihn zur Anwendung kommen, wonach die Amnestie erloschen sein solle, wenn das betreffende Individuum sich wieder eines ähnlichen Verbrechens schuldig mache. Also ist wegen Beihilfe an dem s. g. Aufruhr vom Jahre 1848 eine Untersuchung eingeleitet, eine Haussuchung hat stattgefunden und die Papiere Heibergs sind versteigert. Dagegen hat Heiberg nun Rekurs an das Appellationsgericht ergriffen und ausgeführt, wie solche Untersuchung nur unter der Voraussetzung statthaft sei, daß ihm ein unter die Kategorie des Aufruhrs fallendes Verbrechen zur Last gelegt werden könne, und daß er eines solchen Verbrechens überwiesen und schuldig befunden worden. — Zur Charakterisirung der Zustände in der Stadt Schleswig dient auch folgende Thatfrage. Drei Bürger, unter diesen der Knopfmacher Gehrk, ein bejahrter Mann, und sein Sohn, sind inhaftiert, weil sie eine Petition an die Ständeversammlung unterzeichnet haben. Sie wurden bei der Vernehmung inquiriert, wer die Petition verfaßt habe und von wem sie dieselbe erhalten hätten. Als sie keine Auskunft gaben, hies es, wir wollen euch mürbe machen. Man entzog ihnen alle Genüsse, an welche sie gewohnt sind, man ließ sie ohne Licht und erschwerte ihren Zustand durch peinigende Einsamkeit, ohne sie zu verhören. Zehn Tage hielt der alte Gehrk es aus, endlich in Verzweiflung hat er in der Nacht vom 1. auf den 2. dieses Monats seinem Leben freiwillig ein Ende gemacht. Man fand ihn in

seinem Gefängnis erhängt. Wie viele Opfer dänisch marternder Justiz werden noch nachfolgen, wenn die Willkür so rechtmäßig schalten darf?

Großbritannien und Irland.

London, 7. März. [Pressstimmen zur savoyischen Frage.] Der „Morning Herald“ bemerkt mit Hinsicht auf die savoyische Frage: „Die befremdliche Gluth in Louis Napoleons plötzlich erwachten Sympathien für England beginnt sich rasch zu legen. Zu gleicher Zeit nimmt die französische Presse den gegnerischen Ton wider Englands Politik von Neuem auf und werden der sardinischen Regierung Vorschläge gemacht, welche die Kluft zwischen den Ansichten der englischen und der französischen Regierung greller als jemals beleuchten. Es ist vielleicht unnütze Mühe, nachzuweisen, wie vollständig die Vorhersagungen des früheren englischen Ministeriums in Erfüllung gehen, und in welche demuthige Abhängigkeit vom Willen Napoleon's der König von Sardinien gerathen ist. Wir haben es mit einer Zukunft voll Gefahr für Italien, England und Europa zu thun, mit einer thatächlichen Krisis, die alle Klugheit und Weisheit der Minister in Anspruch nehmen wird. Die neuesten Handlungen in der italienischen Politik des Kaisers der Franzosen sind nicht ohne reisliche Überlegung von Seiten dieses feinen Diplomaten und nicht ohne harte Kämpfe im Ministerrath eingetreten. Wir erfahren aus zuverlässiger Quelle, daß Herr Thouvenel seit 14 Tagen ein, wenn nicht zweimal seine Entlassung eingereicht hat, und daß er unmöglich noch eine Woche im Amt bleiben kann. Als Grund wird die ewig wechselnde Politik seines Herrn und Meisters angeführt. Beinahe innerhalb des kurzen Zeitraums von 14 Tagen sind zwei Vorschläge von schnurgrader entgegengesetzter politischer Tendenz zur Lösung der italienischen Frage von Paris ergangen, und es ist in der That schwer, zu sehen, wie ein Staatsmann, dem seine Ehre nur irgend am Herzen liegt, so ganz zur Puppe des kaiserlichen Willens herab sinken kann, daß er seinen Namen ohne Einspruch mit zwei so verschiedenen Programmen identifizieren läßt. Wenn Herr Thouvenel zurücktritt, muß er Herr Balewski zum Nachfolger haben, und die Berufung dieses Ministers wird unvermeidlich zu neuer Kordialität zwischen Frankreich und Ostreich, auf Grundlage der Villafranca-Übereinkunft, führen. Schon verrathen unheimliche Symptome das Vorhandensein dieser Tendenz, deren Folge die völlige Isolierung Englands von Europa, so wie die vollkommene Obermacht Frankreichs über Norditalien, sein wird. Dies sind die ersten Früchte unserer gemeinsamen Aktion mit Napoleon III. und des Heraustretens aus jener strengen Neutralität, die vor einigen Monaten noch England so viel Macht über die öffentliche Meinung Europa's gab.“ — „Daily News“ sagt, der Kaiser Napoleon wolle Italien schwächer und abhängiger lassen, als er es gesunden. „Die Bewohner von Nord- und Mittelitalien“, bemerkt dieses Blatt, „fühlen ihre Lage nur zu lebhaft. Sie sind von Feinden umgeben. Vor ihnen ist Ostreich, der dauernde, wenn auch für den Augenblick kampffähige Verfechter eines Prinzips, das ihrer Unabhängigkeit tödlich ist, verschrankt in der furchtbaren militärischen Stellung in Europa, und im Stande, seine Heeresmassen über die Ebenen der Lombardie zu ergießen. Im Süden ist Neapel mit einer Bevölkerung, welche die von Sardinien, Modena und Parma zusammengekommen übersteigt, und ein unerbittlicher Freiheitsfeind. In der Einheit allein können diese Bevölkerungen ihr Heil suchen; sie sind weise genug, dies zu erkennen, und sie haben Gemeinheit genug, um die für ihre Sicherheit nötigen Opfer zu bringen. Aber der Kaiser ist nicht nur gegen diese Einheit, sondern verlangt obendrein Savoyen. Das heißt Italien schwächer machen, als es gewesen ist. Selbst mit Venetia wäre ein einiges Nord- und Mittelitalien für Frankreich nicht furchtbar. Es ist schwer, die Sprache der französischen Diplomatie über diesen Punkt zu kennzeichnen, ohne die einem Nachbar gebührende Achtung zu verleihen, und wir hätten gewünscht, daß ein Gefühl der Selbstachtung, wenn nicht der Achtung vor Europa, den Kaiser abgehalten hätte, durch seinen Agenten behaupten zu lassen, daß Frankreich, die größte Militärmacht Europa's, sich genötigt sehe, seiner Sicherheit halber einen schwachen Nachbar zu berauben. Die Sache ist, wenn Savoyen französisch wird, so bleibt Sardinien, nach Herrn Thouvenel's Skizze konstituiert, fremden Einflüssen auf Gnade und Ungnade preisgegeben.“ —

„Daily News“ über Preußen. „Daily News“, ein Blatt, das von jener, einem geheimen Herzengespräch folgend, mehr preußisch als österreichisch war, während von der „Times“ das Geheimheit galt, freut sich über die Italien betreffenden Äußerungen im preußischen Abgeordnetenhaus, aus aufrichtigem Herzen, freut sich über das, was Herr Reichensperger gesagt, fast eben so, wie über v. Bünke's Rede, in so fern als Debatten dieser Art hoffen lassen, daß die preußische Volksvertretung bald die Toga virilis über die Schultern werfen werde, und freut sich doppelt vorliegenden Falle, weil England der Stimme des deutschen Bruderländes nie ängstlicher gelauft habe, als eben jetzt, wo England die seelige bisher vereinzelte für Gerechtigkeit und Freiheit habe verlauten lassen. „Allen denen“, so schlicht der betreffende Artikel, „die an eine bessere Zukunft Europa's glauben, muß diese Debatte der preußischen Kammer ungeheuchelte Freude gewähren. Von Paris und Petersburg ist wahrlich für die Rechte und Freiheiten der Völker blutwenig zu erwarten, und erfreulich ist es, zu sehen, daß in Norddeutschland eine Leuchte austaut, um das Dunkel ringsherum zu erhellen. Den preußischen Volksvertretern aber, den liberalen wie den konservativen, den katholischen wie den protestantischen, möchten wir zurufern: „Bedenkt, jetzt ist es Italien, das seine Unabhängigkeit fordert. Nationale Unabhängigkeit aber ist ein Prinzip. Wer wollte voraussagen, wann oder wo an Preußen die Mahnung ergehen dürfte, es so entschlossen zu vertheidigen, als gälte es die Verkündigung seiner eigenen staatlichen Existenz?“

— [Kleine Notizen.] Die „Times“ beginnt gegen einen nicht unwichtigen Theil des Budgets und Vertrages Opposition zu machen und deutet an, daß Cobden, mit seinem Hauptziel, Frieden vor Augen, in der Unterhandlung allzu zahm war. Unmöglich könne er übersehen haben, daß das Verbot der Lumpenaußfuhr aus Frankreich, bei gleichzeitiger freier Papierausfuhr in England, die englischen Papiermüller ruiniren müsse. — Die Anmeldungen für den am 7. d. stattfindenden Ball der Freiwilligen sind so zahlreich geworden, daß unter der großen Blumenhalle auch sämmtliche

Räume des, mit ihr in Verbindung stehenden, Opernhäuses für die Balltheilnehmer geöffnet werden müssen.

London, 9. März. [Parlament.] Zu der gestrigen Sitzung des Unterhauses versprach Lord John Russell die Savoyen betreffenden Papiere morgen vorzulegen und bat Kinglake, seinen für kommenden Montag angekündigten Antrag zu vertagen. Kinglake kam diesem Wunsche nach. Auf eine Anfrage Scullys antwortete Lord Palmerston, die englische Regierung habe auf keine andere Weise als dadurch interveniert, daß sie den Mächten den Rath gegeben, Italien den Italienern zu überlassen, damit sie ihre eigenen Angelegenheiten unabhängig regeln könnten. Hierauf beantragte Byng die Dankadresse für den Handelsvertrag; Baines unterstützte den Antrag. Lindsay tadelte die Differentialzölle für englische Schiffe und wird einen Antrag auf deren Abschaffung stellen. Es wurden mehrere Reden für und gegen die Adresse gehalten. Vane und Tempest stellten, gestützt auf die Politik des Kaisers Napoleon betr. Savoyens, welche England missbilligt, ein Amendment: Das Haus möge jeden Meinungsausdruck über den Vertrag ablehnen, bis die Absichten des Kaisers bezüglich Savoyens bekannt seien. Cairns und Gibson hoffen, der Vertrag werde einstimmig angenommen werden. Das Amendment wurde zurückgezogen und schließlich die Diskussion vertagt.

Im Oberhause antwortete Newcastle auf eine Anfrage Carnavons, die vorgelegte Korrespondenz enthalte alle auf Savoyen bezügliche Dokumente. Russel habe zwar von Lord Cowley noch mehrere Privatbriefe in dieser Angelegenheit erhalten, die aber in der Sache selbst nichts ändern. Normanby und Malmesbury tadeln die Gewohnheit des Ministers, mit den Gesandten Privatbriefe zu wechseln; hierdurch würde die Kontrolle des Parlaments verhindert. (Tel.)

Franreich.

Paris, 7. März. Frankreich und die italienische Frage.] Trotz des Turniers, welches in offiziellen Reden und Papieren aufgeführt wird, will man hier an eine ernsthafte Entzweigung der beiden Verbündeten vom vorigen Sommer nicht glauben. Für den König Viktor Emanuel ist es Ehrensache, sich sein Stammland nicht ohne zwingende Nothwendigkeit wegnehmen zu lassen. Für den Kaiser Napoleon ist es nicht minder wichtig, wenn er Savoyen und Nizza nimmt, vor ganz Europa zu befeuern, daß er es auf diese Erwerbung ursprünglich gar nicht abgesehen hatte, daß aber das eigenwillige und trostige Vorgehen der Turiner Regierung ihn genötigt habe, endlich an die Sicherheit Frankreichs zu denken. Die Geschicklichkeit, mit welcher die kaiserliche Regierung stets sich aus zu gebundenen Stellungen zu degagiren und eine scheinbar unbefangene und schiedsrichterliche Position wiederzugewinnen weiß, gehört zu ihren besonders ausgeprägten Eigenschaften. Nach dem Schaukelystem zwischen Oestreich und Piemont, welches vom Juli bis Dezember durchgeführt wurde, schickte man England mit dem Vorschlage der vollständigen Annexion vor; Herr Thouvenel trat in seiner Note vom 31. Januar nur in zweiter Linie als Sekundant auf, und konnte daher schon am 24. Februar jenes Projekt wieder gänzlich verleugnen und Piemont eine Strafrede vom Standpunkte des „europäischen Interesses“ halten. Daß das Turiner Kabinet viel zu tief engagirt ist, um noch rückwärts zu können, konnte dabei der kaiserlichen Regierung unmöglich entgehen. Aber sie wird jetzt ihre Hände feierlich in Unschuld waschen der weiteren Entwicklung der Dinge in Italien gegenüber, und sich nur jener von der Natur selbst angezeigten Bürgschaft versichern, die im Grunde das Hauptprojekt war, auf welches mit allen Windungen seit Villafranca hingesteuert wurde. Man fragt, wie der Kaiser die Zustimmung Europa's zu der neuen Gebietserwerbung erlangen will. Man übersehe nicht, daß er schon im voraus erklärt hat, der Schweiz zwar einen Anteil gönnen zu wollen, daß er aber vorerst, ebenso wie früher von Oestreich die Lombardei, sich jetzt von Piemont das ganze Savoyen abtreten lassen wird. Mit dieser Bente in der Hand wird er dann Europa fragen, ob es ihm dieselbe auf unbestimme Zeit ungetheilt überlassen, oder ob es sofort ein Abkommen ratifiziren will, welches ihm zwar das größere Stück zuschlägt, doch aber das schweizerische Interesse, das von hoher europäischer Wichtigkeit ist, ebenfalls zur Geltung kommen läßt. Dieser sehr heiligen Alternative werden die Mächte gegenüberstehen, und sie werden dann überlegen, ob sie lieber ohnmächtige Proteste erlassen sollen, die nicht einmal der Unterminirung der Schweiz vorbeugen würden, oder ob sie einer so gefährlichen Lage nicht durch ein rasches Definitivum ein Ziel setzen sollen. Neuerdings werden alle friedlichen Interessen mächtig dahin drängen, endlich diese italienisch-savoyische Frage abzuschließen, damit Industrie und Handel wieder auf eine Weile zu Athem kommen. (Dadurch wird aber die Frage nicht abgeschlossen, und zu welchen lärmenden Resultaten eine stets schwankende und unsichere politische Situation führt, haben wir ja seit Langem zu erfahren hinlängliche Gelegenheit gehabt! D. Ned.) Die Rechnung der kaiserlichen Regierung, die Sanktion aller inzwischen vollendeten Thatsachen in nicht ferner Zeit durch eine Konferenz oder einen Kongreß zu erlangen, beruht daher auf Faktoren, deren Wirksamkeit nicht zu verkennen ist. Es ist dabei nicht gerade nöthig, daß die ganze gegenwärtige Komödie durchaus mit Piemont abgefertigt ist, es ist vielmehr wahrscheinlich, daß gewisse Differenzenpunkte, namentlich in Beziehung auf Nizza, noch bestehen. Gewiß ist aber, daß neben dem offiziellen Notenwechsel zwischen den Herren v. Thouvenel und Grafen Cavour vertrauliche Verhandlungen hergehen, die hier lange durch den Grafen Arese geführt wurden, einen Freund des Kaisers, der neben dem sardinischen Geschäftsträger, Herrn Nigra, völlig unabhängig stand. (N. Z.)

— [Tagesbericht.] Gestern ist an die Mitglieder der Legislativen der Gesetzentwurf vertheilt worden, welcher die Reduktion des Kontingents von 140- auf 100,000 Mann betrifft (s. u.) — Prinz Jerome ist wieder sehr leidend; der Kaiser hat ihn gestern besucht. — Hr. St. Marc-Girardin lobt es im „Journal des Débats“, daß der Kaiser in seiner Rede vom 1. März von der seit dem Monat Dezember im Einverständniß mit England begoltenen Politik abgewichen sei und die Politik von Villafranca wieder aufnehme (?); denn England habe sich auf gar keinen bindenden Vertrag zur Regelung der italienischen Angelegenheiten einlassen wollen und alle Sorgen und Gefahren allein auf Frankreichs Schultern gewälzt. — Am letzten Sonntag empfing der Kaiser den neuen Akademiker Pater Lacordaire. Guizot und Falloux gaben demselben das übliche Geleite. Mit letzterem unterhielt sich der Kaiser längere Zeit. Er war bekanntlich unter Louis Napoleon Unterrichtsminister der Republik. — Der Oberstlieutenant Colson, bei der französischen Gesandtschaft in Petersburg attachirt, ist nach der russischen Hauptstadt abgereist. — Herr v. Danneville, der neue französische Gesandte am bayrischen Hofe, hat sich nach München begeben. — Wie man versichert, theilt ein neuerdings erlassenes Décret die Verwaltung der französischen Niederlassungen in Oceanien in zwei Abtheilungen. Die eine nimmt die Benennung des Gouvernements von Neu-Caledonien, die andere die des Gouvernements

von Taiti an. In einigen Tagen werden von Brest aus die Freigatten „Sibylle“ und „Isis“ mit Truppenverstärkungen dorthin abgehen. — Man versichert, daß das Gut am Kap Martin in der Grafschaft Nizza, welches Herr v. Mouhy kürzlich ankaufte, in eine fürstliche Residenz für eines der Mitglieder der kaiserlichen Familie umgewandelt werden solle. Ein Schloß, von einem prächtigen Park umgeben, soll dort errichtet und nichts gespart werden, die natürlichen Reize dieser herrlichen Gegend durch die Kunst zu verschönern. — Eine große Anzahl von englischen Agenten, die sich nach Italien begeben, ist hier durchgekommen. — Im Handel dauert der Stillstand der Geschäfte fort und wird noch lange anhalten. In den Webereien steht alles still, nur in Rouen und Mühlhausen wird fleißig gearbeitet, um den vor Veröffentlichung des kaiserlichen Handelsprogrammes gemachten Bestellungen zur festgesetzten Frist zu genügen. In Paris sehen die Waarenlager äußerst wenig ab und kaufen auch so wenig als möglich an, um im Augenblick der Zollverminderungen nicht zu verlieren. Der Export ist sehr gering. — Der Präsident des Genfer Staatsrats, James Fazy, ist in Angelegenheiten, welche die savoyische Frage betreffen, hier angekommen. — Die Eisenhüttenbesitzer der Haute-Marne, 90 an der Zahl, haben dem Senat eine Petition überreicht, worin sie verlangen, daß der Finanzminister die Waldungen wieder zurücknehme, die sie vor 3 Monaten zu einem Preise von über 10 Millionen von dem Staate gekauft hätten. Zur Zeit des Ankaufs hätten sie nicht ahnen können, daß der Kaiser so rasch einen Handelsvertrag mit England abschließen würde, der ihre Industrie sehr beschädige. Sie fügen hinzu, daß der Handel um so eher rückgängig zu machen sei, da die Waldungen erst in zwei Jahren umgehauen werden sollten. — Am letzten Sonnabend gab die hiesige schweizerische Woalthärtigkeitsgesellschaft im Hotel du Louvre ihr jährliches Festessen. Mehr als 300 Personen nahmen unter dem Vorsitz des Genfer Bankier Hrn. Hentsch daran Theil. Hr. Kern trank auf die Gesundheit des Kaisers, wobei er die Hoffnung ausdrückte, derselbe werde bei der Regelung der savoyischen Frage die Interessen der Schweiz berücksichtigen.

— [Gedrückte Stimmung.] Die Regierung läßt es an nichts fehlen, um den schwachen Glauben an die Friedensliebe des Kaisers zu stärken. Das Gesetz über die Reduktion der Altersklasse von 1859 auf 100,000 Mann ist dem gesetzgebenden Körper in Begleitung von Motiven vorgelegt, die ohne Zweifel in der Absicht verfaßt sind, die friedlichen Intentionen des Kaisers in das bestauchte Licht zu stellen. Die Motive schildern in lebhaften Farben die Segnungen einer Kontingentsverminderung für den allgemeinen Wohlstand und für die betheiligten Familien. Trotzdem wagt Niemand zu hoffen. Die Verwicklungen sind seit Eröffnung des gesetzgebenden Körpers unlösbarer als früher, die Hoffnungen auf ein Einverständniß mit England und Sardinien verlieren sich mit jedem Tage, und Frankreich kann ebenso wenig wünschen, daß die Regierung ihre Politik verfolge, als daß sie sie fallen lässe. Die Stimmung aller Kreise ist deshalb auch im höchsten Maße gedrückt und von Missbehagen erfüllt. (B.H.3.)

— Der Anschluß Mittelitaliens an Piemont. Das hiesige Organ des auswärtigen Ministeriums, das „Pays“, giebt dem König Victor Emanuel den dringenden Rath, sich nicht zur Annexion Toscana's hinreissen zu lassen, was die schlimmsten Folgen haben könnte. „Wenn Parma und Modena“, heißt es im letzten Theil des Artikels, „die Abtretung der Lombardie vervollständigen, so scheint uns die topographische Lage der sardinischen Staaten hinreichend gestärkt. Das so vergrößerte Piemont würde sich mit 9 Millionen Einwohnern an unsere Grenze anlehnen. Aber zu diesen Vermehrungen noch ein so bedeutendes Gebiet wie Toscana hinzufügen, diesen historischen Namen, diese Erinnerungen, diesen Stuhm wie Parma und Modena absorbiren wollen, nach Florenz streben, weil man Mailand erlangt hat, darin können wir nur einen Irrthum, einen Chreiz und nicht mehr das Interesse Italiens sehen. Wir glauben an den Widerwillen gegen Destreich; wir geben die Unmöglichkeit jeder Rückkehr zur Vergangenheit zu. Wir halten diesen Wunsch der Bevölkerungen für wirklich vorhanden. Aber inwiefern macht dies die Annexion Toscana's nothwendig oder möglich? Eine Protestation gegen Destreich ist nicht auch nothwendig eine der Oberhoheit des Turiner Kabinetts dargebrachte Huldigung. Man möge es wohl bedenken: das Annexionsrecht, welches auch die ausgesprochenen Wünsche sein mögen, wird gleich jedem anderen von verschiedenen oder entgegengesetzten Rechten begrenzt. Kein Prinzip in Europa kann beanspruchen, auf ein anderes Prinzip keine Rücksicht zu nehmen; eine solche Annahme würde endlose Wirren erzeugen. Was wir von den Prinzipien sagen, gilt noch weit mehr von den ehrgeizigen Gelüsten. Die Kronen, die Nationalitäten, die stärksten wie die schwächsten, könnten die europäische Ordnung nicht ungestraft verachten, noch kompromittieren. Es giebt allgemeine Interessen, eine allgemeine Politik, welche Federmann zu befragen und zu schonen genöthigt ist. Das Turiner Kabinet würde Frankreich und dem Kaiser für die geleisteten Dienste schlechten Dank wissen, wenn des Letzteren Rathschläge es unberührt ließen, wenn es durch die inneren Agitationen die Feindseligkeiten der Finanzirte. Die Entschlüsse dieses gemischten

Feindseligkeit von Außen provozirte. Die Entschlüsse dieses gewichtigen Augenblicks sind von hoher Bedeutung für den Ruhm Victor Emanuels und des erlauchten Hauses Savoyen. Die Interessen Piemonts und Italiens, die Ruhe Europa's hängen davon ab. Wir beschwören eine uns befriedete und uns verbündete Regierung, sich nicht zwischen die Klippen zu wagen. Ihre Politik muß die Feindschaften vermeiden, welche beobachtet und abwarten. Man wird das respektiren, was sie nicht selbst kompromittirt haben wird; aber jede Unberechntheit würde sich in unabwendbare Gefahr verwandeln." Ob das "Pays" die innersten Gedanken der französischen Politik ausspricht, muß dahingestellt bleiben.

um mit dem Kaiser mündlich zu verhandeln. Herr Thouben vermeidet es, Mitglieder vom diplomatischen Corps zu empfangen, was, wie man vermuthet, auch aus dem Grunde geschieht, weil er augenblicklich noch nicht in der Lage ist, die erwünschten Erklärungen zu geben. Heute ist im Ministerrathe über die italienischen Angelegenheiten verhandelt worden, und man glaubt, es sollten wichtige Beschlüsse gefaßt werden, die sich auf die französischen Truppen in Italien bezügen. Auch von einem Memorandum der päpstlichen Regierung wird gesprochen: daßelbe soll in der Form eines Hirtenbriefes abgefaßt sein und die Exkommunikation des Königs von Sardinien in nahe Aussicht stellen. Hr. v. Montebello soll in seinen Depeschen melden, er habe von Fürst Gortschakoff die bestimmtesten Versicherungen erhalten, daß der angebliche Allianzvertrag zwischen Russland und Destrich eine bloße Erfindung sei; doch verhehle es der französische Diplomat nicht, Anzeichen einer gewissen Annäherung zwischen den genannten Höfen zu bemerken. Hier wird bemerkt, daß der Fürst und die Fürstin Metternich wieder sehr ist Gunst bei Hofe stehen und mit Aufmerksamkeiten überhäuft werden. (R. 3.)

— [Französische Mission in Abyssinien.] Nach einem Briefe aus Suez vom 15. Januar sind die Mitglieder der französischen Mission in Abyssinien den 28. Dezember in Boula angelommen (§. Nr. 54). Dieser Hafen im Roten Meere ist weit Massoma gelegen. Der Kaiser Theodor hatte ihnen einen der Offiziere seines Hauses entgegengeschickt, um sie nach Gondar, der Hauptstadt von Abyssinien, zu geleiten. Dieser Fürst wollte die Gesandten des Kaisers der Franzosen mit großer Auszeichnung empfangen. Eine Ehregarde von 1500 Mann sollte ihnen das Geleite bis Zabach geben. Herr Reiszal, der Fregattenkapitän, und Herr Henry de la Guerromière, die an der Spitze der Mission stehen, haben befriedigende Berichte nach Paris gesandt.

Belgium.

Brüssel, 7. März. [Kammer-Verhandlungen; Feuerbrunst.] Die Kammer hat in ihrer gestrigen Sitzung das menschliche Amendment des Präsidenten Orts zu §. 420 des verbesserten Strafgesetzbuchs (in Betreff der gezwungenen Anzeige des Namens der Wöchnerinnen bei heimlichen Entbindungen (Nr. 57) sowohl Seitens des dabei fungirenden Arztes, wie aller anderen anwesenden Personen) mit überwiegender Mehrheit verworfen und den Vorschlag des Justizministers und damit die Aufnahme eines Vergehens in das belgische Gesetzbuch genehmigt. Die Debatte der weiteren revisirten Artikel wurde heute fortgesetzt und drehte sich um die Vergehungen der Verleumdung, der Injurien u. s. w. Eine interessante Rechtsfrage, welche vor Allem die Geschichtsschreibung angeht, wurde dabei auch einen Antrag des Hrn. L. Hymans beregt, der die Verleumdungsklagen in Betreff verstorbenen Personen durch deren Hinterbliebene in eine gewisse Grenze zurückgedrängt wissen will. Die Sache der Wittwe Bertin gegen Msgr. Dupanloup und der skandalöse Vorfall der Erben Breda gegen den geliebten deutschen Todten, Vater Arndt, beweisen schlagend, aus wie richtiger Ansichtung obiger Antrag hervorgegangen ist. Derselbe wurde dem Revisions-Ausschusse zur Begutachtung überwiesen. — Jr. der Nacht vom 5. auf den 6. März brannte in Alost die größte Indienne-Fabrik Belgiens: „Van Santen und Van den Moortele“ (V. d. Moortele). Nichts

Bau de Bill", mit dem ganzen Waarenvorrath niederr. Niemals konnte gerettet werden. Waren auch die Gebäude und Fabrikgebäude verloren, so verloren die Fabrikanten doch alle Waaren. (K.B.)

— [Naturwissenschaftliches.] Der zoologische Garten Antwerpens hat in der letzten Zeit wieder eine bedeutende Sammlung exotischer Vögel erworben, wie auch sieben Maskenschweine aus dem Innern China's, deren noch kein Exemplar in Europa gesehen worden. Am 17. Februar hat ein Zebra ein weibliches Junges geworfen und am 19. eine Adox-Antilope aus Egypten. — Bei der Schleifung der Festungswerke in Lierre in Belgien haben die Arbeiter das vollständige Gerippe eines vorzüglichlichen Thieres, eines Mastodon oder Uron gefunden, dessen Zähne 8 Pfund schwer und ein Schulterblatt über 3 Fuß breit ist.

Schweiz.

Bern, 7. März. [Mazzini's Journal; Vermischtes.] In einer von der Tessiner Regierung angeordneten Untersuchung stellte sich heraus, daß in der Buchdruckerei Bianchi zu Lugano das bekannte Mazzini'sche Journal, "Pensiero ed Azione", ge druckt wird. Es heißt, das Manuskript werde theils von London eingesendet, und als Herausgeber fungire Albert Mario, der mit Miss White sich in Lugano auf hält. Die Regierung hat den Drucker mit 20 Fr. gebüßt wegen unterlassener Nennung oder Stellung des verantwortlichen Herausgebers, wie das Preßgesetz vorschreibt; zugleich wurde die Unterdrückung des Blattes und die Ausweisung Mario's aus dem Kanton beschlossen. — Dr. Bischer, Präsident des korrektionellen Gerichts in Basel, vertheidigt in einer Erklärung die schweizerische Justiz gegen die dreisten Unwahrheiten und Verdrehungen, welche sich der "Constitutionnel" und andere französische Zeitungen über die Verurtheilung des französischen Dragoners Lassalle zu 4 Monaten wegen grober Ausschreitungen erlaubt haben. Obwohl das korrektionelle Gericht sonst bei summarischen Prozessen die Offenlichkeit ausschließt, wurde dort dem französischen Botschafter und dem Regimentskommandanten des Angeklagten gestattet, der Verhandlung beizuwöhnen. — Seit einem Jahr besteht in Waadt ein Fünfjahrs penverein mit dem Zweck, für Aufhebung der Sklaverei in Nordamerika, beziehungsweise für Loskauf der Schwarzen zu wirken; bis Ende v. J. hatten 1794 Vereinsmitglieder (darunter auch General Berner, Aargauer, Basler) 3575 Fr. beigetragen. — Zu Ehren nendar bei Glarus ist Altlandamman und Nationalrat Kaspar Jenny gestorben, ein hochverdienter und allgemein beliebter Mann des Volkes. — Das "Dorf" Chaurdefonds, die Hauptstadt der Uhrmachers, hat gegenwärtig 16,000 Einwohner. — Am Samstag nachtmontag wütete in der ganzen Schweiz einer der furchtbaren Sten Föhnstürme, zum Theil mit Regen und Schnee, Blitz und Donner verbündet, und ließ entwurzelte Bäume, beschädigte Häuser, verunglückte Menschen zurück. Ramentlich wurden Glarus und das Berner Oberland arg mitgenommen. (N. Z.)

Italien.

Enrin, 5. März. [Kleine Notizen.] Wiener Blätter
wird gemeldet: Marquis Costa de Beauregard ist mit wichtigen
(Fortsetzung in der Beilage.)

Depeschen nach Paris abgegangen. — Es heißt, Fanti werde gegen Mitte März in Begleitung Farini's von Bologna zurückkehren und letzter das Ministerium des Innern übernehmen. — Das Admiralat in Genua hat vom Kriegsministerium den Befehl erhalten, mehrere Handelskapitäne zu bezeichnen, welche die erforderlichen Eigenschaften zum Eintritt in die Kriegsmarine besitzen. — Der Redakteur des in Mailand erscheinenden „Momento“, Advokat Castiglia, hat vom Circolo der Breva das Mandat erhalten, die „Armoria“ wegen Hochverrats zu belangen. — Die Arbeiter einer Mailänder Wagensfabrik haben die Arbeit eingestellt, um eine Verminderung der Arbeitsstunden zu erzwingen. Das Municipium ist gegen sie eingetreten.

Lütin, 5. März. [Truppenlokationen.] Mit Ausnahme der Brigade Savoien werden alle Truppen der hiesigen Besatzung nächstens abmarschieren; die lombardischen Grenadiere nach Monza, die Schützen nach Chivasso und die Kavallerie, heißt es, nach Parma. Sobald die Annexion vollzogen, werden die 3. und 4. Division unter Mollard und Cialdini nach den Emilia-Provinzen verlegt, mit den Hauptquartieren in Modena und Bologna. In Toscana bleiben toscanische Truppen. Dagegen sollen mehrere Truppenkorps der Emilia in Piemont ihre Organisation vollenden. Die vor den Truppen geräumten hiesigen Lokale sollen zu Spitäler und Depots verwendet werden. Die französische Regierung soll der hiesigen mehrere Batterien gezogener Kanonen verkaufen oder geschritten haben.

Niða, 5. März. [Demonstration.] Gestern, am Jahrestag der Statutverkündigung, fand im Theater eine anti-annexionistische Demonstration statt.

Mailand, 6. März. [General Sarras], Generalstabchef des französischen Okkupationskorps, wurde telegraphisch nach Paris berufen.

Florenz, 2. März. [Volksabstimmung; Befestigungen.] Heute ist das Dekret über die allgemeine Volksabstimmung veröffentlicht. Wer das 21. Jahr vollendet hat und bürgerliche Rechte ausübt, ist stimmberechtigt. Die beiden Formeln heißen: Union mit dem konstitutionellen Staate des Königs Victor Emanuel, oder aber: besonderer Staat. Die Abstimmung findet statt am 11. und 12. März. Am 15. März wird der Ober-Kassationshof von Florenz in öffentlicher Sitzung die eingelaufenen Protokolle vornehmen und die Resultate zusammenstellen. Die Armee stimmt unter Vorbehalt eines Rates von drei Offizieren. Die Abstimmung ist geheim und geschieht durch geschriebene oder gedruckte Stimmzettel. Der Gouverneur der Emilia hat die gleichen Bestimmungen getroffen. — In Bologna sind 6000 Soldaten mit Befestigungsarbeiten beschäftigt. Man hofft, schon in zwei Monaten die Stadt in tüchtigen Verteidigungsstand gezeigt zu haben. (R. 3.)

Florenz, 6. März. [Pressefreiheit.] Ein vom heutigen Tage datiertes Dekret hebt alle Verordnungen auf, welche die Freiheit der Presse in politischer Beziehung beeinträchtigen und beschränken.

Rom, 28. Febr. [Die Besetzung der Romagna.] Der „Gazzetta di Venezia“ wird geschrieben: „Das Rätsel des Briefes, den Abbate Stellardi dem Papst brachte, ist aufgeklärt. Victor Emanuel verlangte die Besetzung der Romagna, der Marche und Umbriens nur aus strategischen Gründen und als militärische Stellung. Das Verlangen wurde abgeschlagen.“ — Der „Tribun“ meldet, dass Kardinalkollegium habe beschlossen, die Integrität des Kirchenstaates sei nicht eine lediglich politische Frage.

Rom, 29. Febr. [Die Tumulte in der Sapienza; Cigarrenkrieg.] Seit drei Wochen ist die Hochschule in permanenter Aufregung. (Wir haben wiederholte Notizen darüber gehabt. D. Red.) Was diese hervorrief, ist erst nach und nach bekannt geworden. Der h. Vater pflegte die Sapienza (das ganz bekannte Name der römischen Universität) jährlich einmal zu besuchen, bei welcher Gelegenheit ihm die Studirenden eine Präsentrolle mit Gehorsam- und Treugelübden übergeben, denen die Unterschriften aller angehängt waren. Seit 1848, wo sie sich als ein eigenes Corps konstituierten und mit der mobilisierten Civilität von Dardinot zogen, gab ihnen der Papst weniger Beweise seines persönlichen Wohlwollens, obgleich er seine Fürsorge für die Vermehrung der Lehrmittel der Universität selber verdoppelte. Während der letzten drei Jahre war der frühere Besuch ganz unterblieben, und die Studenten wurden ihm auch nicht vorgestellt. Als daher zu Anfang dieses Monats vier von ihnen nach dem Beispiel anderer wissenschaftlicher Institute für eine Ergebenheitsadresse an den heiligen Vater Unterschriften sammelten, stießen sie überall auf Hindernisse, ergänzten indeß die Lücken durch apokryphische Firmen. Das hatte am 6. d. Mts. einen allgemeinen Tumult zur Folge, den der Rektor, Prälat Ambrogio Campodonico, nur durch öffentliche Verbrennung der Adresse unterdrückte. Das wurde ihm aber im Bataillan nicht so ausgelegt, wie er in Rücksicht auf die bedrohlichen Umstände erwartet hatte: er wurde von seinem Posten entfernt. 43 Studirende wurden in ihre Heimat verwiesen, mehrere hiesiger Familien gleichweise entfernt, einige gefänglich eingezogen, jene vier Adressen-Urheber aber erhielten goldene Verdienst-Medaillen. In letzter Woche dachte die Masse darauf, die Gefangenen nötigen Falles mit Gewalt zu befreien, versuchte jedoch zuvor den Weg der Unterhandlung mit der Universitätsbehörde. Da diese ohne Erfolg blieb, so versammelten sich ihrer etwa 400 am 27. d. M. im Hofraume der Sapienza in höchst leidenschaftlicher Stimmung und mit Stilettten in der Tasche und verlangten ihre Freunde aus dem Gefängnis. Päpstliche Carabinieri mußten einrücken, später französisches Militär, und so ward der befürchtete Ausbruch eines Unfalls unterdrückt. Unter den Verhafteten ist ein Sohn des als Arzt bekannten Professors der Medicina Forensis Maggiolini. Dieser legte deshalb seine Professur nieder. — Seit einigen Tagen ist hier der aus dem Jahre 1848 her noch wohlbekannte Cigarrenkrieg aufs Neue ausgebrochen. Wer auf der Straße eine Cigarre raucht, gilt als Gegner der nationalen Sache und wird, wenn nicht Schußwachen in der Nähe sind, gewiß insultiert. Gestern Abend widerfuhr dies einem Mann von durchaus indifferenter politischer Gesinnung auf der Piazza della Pace. Als er sich verteidigte, erhielt er mehrere Messerstiche, woran er diesen Morgen starb. (R. 3.)

Bologna, 3. März. [Personalien.] Boncompagni legte die Funktionen eines Generalgouverneurs nieder. Fanti ist nach Turin, Farini nach Modena abgereist.

Spanien.

Madrid, 6. März. [Der Krieg in Marokko.] Das Wetter in der Meerenge hat sich etwas gebessert. Die Division Chague lagerte am 4. zu Rio; man glaubt, daß sie in Tetuan angelangt sein wird. — In den Forts von Tetuan fand man Kanonen, welche Frankreich, England, Holland, ja, selbst Spanien gehört hatten und den Kaiser von Marokko wahrscheinlich zu Ansatz ihrer Regierungen geschickt wurden. Eines dieser Geschütze trägt drei Lüder mit der Inschrift: Der Gr. v. Toulouse, Admiral 1692.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 1. März. [Audienzen.] Heute Abend empfing der König den neuen österreichischen Gesandten, Grafen Paar, und eine halbe Stunde später den hier und in Kopenhagen als sardinischen Geschäftsträger akkreditirten Marquis Migliorati, um von Beiden die Beglaubigungsschreiben entgegenzunehmen.

Türkei.

Konstantinopel, 27. Febr. [Karneval; Besteuerung der Hauptstadt; Verbrecher; päpstliches Breve.] Der Schluss des Karnevals war, wie die „Destr. Btg.“ berichtet, durch mehrere glänzende Feste ausgezeichnet, welche der Reihe nach beim österreichischen Internuntius, beim russischen und persischen Gesandten stattgefunden haben. Der englische Gesandte hatte diesmal seine Salons nicht geöffnet, weil die Familie desselben durch den Tod der Mutter der Lady Bulwer in Trauer versetzt ist. Der persische Gesandte, Mehmed Hussein Khan, hatte in diesem Jahre zum ersten Male in seinem neu hergerichteten und reich dekorirten Hotel die Würdenträger, Minister und das diplomatische Corps empfangen. — Die Vorarbeiten für die beabsichtigte Besteuerung der Hauptstadt sind nun so weit gediehen, daß bald zur Einführung der Befreiungen werden kann. Jedes Haus wird mit einer Steuer von 10 Prozent seines Ertrages belegt, und man gedenkt nach einer vorläufigen Schätzung hiermit etwa 35 Millionen Piaster zusammenzubringen. Dieses Geld soll bekanntlich zur Tilgung der bis zum März von der ganzen Masse noch übrig gebliebenen 71 Millionen Piaster in Kaimos verwendet werden, weshalb die Steuer auch nur als eine solche angekündigt worden ist, die ein für allemal und nicht fortlaufend alljährlich gezahlt wird. — Durch die Thätigkeit des Seraskiers Riza Pascha sind die Mörder des vor Kurzem in seiner Wohnung tot gefundenen Ibrahim Pascha, der zuletzt Direktor der polytechnischen Schule war, entdeckt und in Anklagestand versetzt worden. Die Frau, der Sohn, eine Sklavin und ein früherer Diener des Ermordeten sind die Verbrecher. — Wie dem „Offic. Triest.“ aus Damaskus vom 9. Februar gemeldet wird, ist dem melchitischen Bischof daselbst ein päpstliches Breve mitgetheilt worden, welches die im August v. J. von den melchitischen Bischöfen aus Beirut, Saida, Baalbek und Zahlé in Zahlé selbst gefassten Beschlüsse, den julianischen Kalender in ihren Diözesen, trotz der vom melchitischen Patriarchen zur Einführung des gregorianischen Kalenders ergangenen Weisungen, beizubehalten, für null und nichtig erklärt. Das Breve soll ins Arabische übersetzt und in allen melchitischen Gemeinden verbreitet werden. Bis jetzt scheinen jedoch die Dissidenten, namentlich in Aleppo, wo die Melchiten sehr zahlreich sind, nach wie vor auf ihrer Opposition beharrten und ihre Festtage nach den Bestimmungen des julianischen Kalenders feiern zu wollen.

Amerika.

New York, 22. Febr. [Tageschronik.] Dem Kongress liegt der Antrag der Territoriums Kansas (70,000 Seelen) vor, der Union als Staat einzurichten zu werden, und zwar als freier Staat. Deshalb widersteht sich jetzt die demokratische Partei seiner Aufnahme, was um so wunderlicher ist, als dieselbe Partei es doch den Staaten vermöge ihrer Souveränität freistellen will, ob sie Sklavenstaaten sein wollen, oder nicht. — Am 16. v. M. beginnt die hiesige statistische und geographische Gesellschaft eine Gedächtnissfeier zu Ehren Karl Ritters. — Am 14. v. M. starb in Philadelphia der bekannte Nikolaus Schmidt, früher Herausgeber des „Boten für Land und Stadl“, im Jahre 1848 Mitglied des Frankfurter Parlaments, Theilnehmer an der pfälzerischen Revolution 1849 und Mitglied der provisorischen Regierung. Er war 1806 in Rheinbayern geboren. — Im Repräsentantenhaus zu Washington haben sich doch die Schreibpulte wieder eingestellt, welche man beseitigen wollte, weil das Schreiben an denselben das Verlängern der Reden und somit der Sitzungen befördert. Am 17. d. ist aber eine eigene Kommission ernannt worden, welche prüfen soll, ob es besser wäre, die Pulte überhaupt wieder einzuführen. — Das Repräsentantenhaus hat zur Enthüllung der Statue Washingtons in Washington 10,000 Dollars bewilligt. — Das vom Repräsentantenhaus angenommene Postapprobationsgesetz weist 1,751,000 Doll. für Gehälter von Postmeistern und Gehülfen und für vermischte Ausgaben bis 31. Dezember 1859 an; der Rest der 4 Millionen steht zur Disposition des General-Postmeisters. Die Ausbezahlung jener Summe wird indeß einige Tage in Anspruch nehmen; die an Zahlung statt ausgegebenen Scheine werden in der Reihe eingelöst werden, in welcher sie ausgegeben wurden und die übrigen Forderungen werden in der Ordnung getilgt, in welcher sie anzuwenden. Die Zinsen, welche für die Forderungen der Kontraktoren bezahlt werden, belaufen sich auf ungefähr 100,000 Dollars.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

Berlin, 9. März. [13. Sitzung.] Im Herrenhause ward heute zunächst eine durch die längere Dauer der letzten Session entstandene Überschreitung des Etats des Hauses um 188 Thlr. 8 Sgr. ohne Debatte genehmigt. Es folgt die Beratung über den Gesetzentwurf, bet. das städtische Einzugs-, Bürgerrechts- und Einkaufsgeld. Die Regierung will das städtische Einzugs- und Einkaufsgeld erhöhen. Ein Theil der Kommission will dasselbe auch auf die Landgemeinden ausdehnen, ein anderer Theil mit dem Grafen Tepnitz das Einzugs- und Einkaufsgeld ganz auflösen und zwar vom 1. Januar 1862 ab. Graf Tepnitz eröffnet die allgemeine Debatte mit Vertheidigung seines Antrages, bei dessen eventuellem Annehmen er Rückweisung des ganzen Gesetzes an die Kommission wünscht. Herr v. Kleist-Reckow tritt dem entgegen und empfiehlt die Annahme des Gesetzes mit den Abänderungen der Kommission. Nach längerer Fortführung der allgemeinen Debatte wird zunächst der Antrag des Grafen Tepnitz abgelehnt. Die übrigen Bestimmungen werden nach den Vorschlägen der Kommission angenommen. Von den Amendements wird nur dasjenige des Herrn Krausnick (Oberbürgermeister von Berlin) angenommen, wonach der Maximaltag des Einzugs-

geldes für Berlin auf 20 Thlr. normirt wird. Die Beratung über §. 1 und einige Anträge wird vertagt. Nächste Sitzung Sonnabend 12 Uhr.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 9. März. [24. Sitzung.] Im Abgeordnetenhaus steht auf der Tagesordnung die Beratung über den Gesetzentwurf, bet. die Declaration des §. 54 des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851. Das Gesetz weist bekanntlich die Befugnis zur Konzessionsentziehung der Preßgewerbetreibenden nur dem Richter zu. Die Kommission empfiehlt die unveränderte Annahme des Gesetzes. Herr Mathis bezeichnet den Beitritt zu dem Kommissionsvorschlag als eine Pflicht der Anerkennung gegen das Staatsministerium und besonders gegen den Minister des Innern, weil man mit dem Gesetz endlich ans Gebiete willkürlicher Interpretation herauskomme, unter welcher die Presse bis zu der bekannten Verordnung des Ministers des Innern Dr. Flotwell in Preußen gestanden. Die preußische Presse verdiene wegen ihrer loyalen Haltung jede Beachtung, und der Redner hofft, daß die Regierung ihr diese nicht versagen werde. Herr Dr. Veit begrüßt die Vorlage als einen erfreulichen ersten Schritt zur Verbesserung der Zustände der Presse und wünscht nur, daß nach Fällfall der Konzessionsentziehung auf dem Wege der Verwaltungsweg die Konzessionserteilung durch die Verwaltungskörper nicht er schwert werden möge. Das Gesetz wird bei Namensaufruf mit 265 gegen eine Stimme (die des Abg. Wendt, Staatsanwalt aus Stargard) angenommen. Der zweite Petitionsbericht der Agrarkommission wird nach den Kommissionsanträgen erledigt und der fünfte Bericht der Petitionskommission wegen Abwesenheit des Ministers des Innern vertagt. Nächste Sitzung Dienstag. Tagesordnung: Aufhebung der Buchergesetze und Petitionen.

[Revision des Eisenbahngesetzes.] Die Motive zu dem bereits mitgetheilten Antrage des Abg. Reichenheim und Genossen auf Revision des Eisenbahngesetzes von 1858 fallen in übersichtlicher Kürze die mannigfachen Belehrungen der Privatbahnen und ihrer Aktionäre gegen die Eisenbahnpolitik, der die Regierung in den letzten zehn Jahren gefolgt ist, zusammen. Aus der ganzen Fassung des Gesetzes geht hervor, daß dasselbe, als es emanirte, das Verhältnis des Staates als Eisenbahnbauers und Fabrikerwerbers gar nicht im Auge hatte. Seitdem der Staat selbst zu bauen und zu verwalten begonnen, sei er in die Stellung eines Konkurrenten getreten, und das ihm durch das Gesetz von 1858 eingeräumte Aufsichtsrecht ist somit einem zu dessen Ausübung ungeigneten Organe anvertraut, das häufig als Richter in eigner Sache zu entscheiden hat. Die Motive bezeichnen dann spiegelnd folgende Bestimmungen des Gesetzes als der Reform bedürftig: §. 6 (der die Entscheidung über Aufnahme von Darlehen dem Ministerium anheimlegt); §. 24 (aus dem das Handelsministerium für sich die Befugnis hergeleitet hat, den Privatbahnen die Anlegung neuer Reserve- und Erneuerungsfonds aufzulegen, selbst wenn das landesherliche Statut solche nicht vorschreibt); §§. 29 ff. (Einwirkung der Regierung auf die Regelung der Tarife und der Bahnytarife); §. 34 (Dotirung des Releverfonds und Festsetzung der Dividende); §. 35 (Entscheidung über Streitigkeiten zwischen Verwaltungen und Privatpersonen); §. 46 (woraus der Handelsminister für die Regierung das Recht hergeleitet hat, Strafen gegen die Gesellschaftsvorstände zu dictiren und exekutivisch beizutreiben). Wir wollen bei dieser Veranlassung auf die treffliche Begründung hinweisen, welche diese und andere Belehrungen in der vor einiger Zeit erschienenen Schrift des Eisenbahndirektors Augustin gefunden haben. Die Darstellungen eines der erfahrensten Eisenbahnerwalters und die eben so zahlreichen als praktischen Folgerungen, welche an diese sich knüpfen, sind bei weitem noch nicht ausreichend beachtet worden. Es darf erwartet werden, daß, sobald die Abgeordneten durch vorliegenden Antrag angezeigt, an eine eingehende Prüfung des Gesetzes von 1858 und der ministeriellen Verordnungen, die sich an dessen Bestimmungen lehnen, herangehen, alle jene Klagen die in den Motiven des Antrages nur zum kleinsten Theile angedeutet sind, ihre Berücksichtigung finden werden. (B. B.)

Militärzeitung.

Preussen. [Zwei fünfzigjährige Jubiläen; die freiwilligen Jäger von 1813.] Die Erinnerungen an die am 6. März 1810, also vor fünfzig Jahren, erfolgte Errichtung des Fußstiebaillons vom 1. Garderegiment zu Fuß, wie sogar die weit bedeutendere an die unter dem 12. Februar desselben Jahres erfolgte Aufrichtung einer ganzen Waffe, der heutigen preußischen Pionierabteilungen, sind unter dem Drang der Zeit und dem Sturm der militärischen Neuerungen beinahe spurlos vorübergegangen. Das erstmals errichtete Bataillon ward damals aus Abge verschiedenen Regimenter errichtet und zeigte sich vorzüglich bei Fügen aus, wo es unter dem Major v. Block den Stützpunkt der französischen Stellung, das Dorf Raja, erstmärkte, aber aus Mangel an Unterstzung zuletzt allerdings nicht zu behaupten vermochte. Auch bei Bauen und bei Leipzig befand es sich mit unmittelbar am Kampfe beteiligt, bei Paris endlich kam mit der Hauptantheil des dortigen Heldenkampfes der preußischen Garden wieder auf sein Theil und wurden von allen Bataillonen dieser Elitegruppe von demselben damals auch die meisten von den auf den Höhen Belleville und Pantin eroberten 24 feindlichen Geschütze genommen. In neuester Zeit hat das Bataillon nur an der Bekämpfung des Aufstandes vom 18. März 1848 in Berlin einen Anteil erhalten. — Die jetzigen Pionierabteilungen oder nun bereits Bataillone ihrerseits wurden bereits 1809 in drei Kompanien zusammengestellt, die definitive Errichtung jedoch erst unter dem offiziellen Datum des Jahres 1810 vollzogen. Die einzelnen Kompanien hießen damals die erste „preußische“, die zweite „brandenburgische“ und die dritte „schlesische“ Pionierkompanie und sind ihrer Reihenfolge nach noch heute in den ersten Kompanien der 1. Garde- und 3. Pionierabteilung erhalten. Ursprünglich nur für den Festungsdienst bestimmt, wurden diesen drei Kompanien jedoch bereits 1812, beim Ausbruch des Krieges gegen Russland, drei weitere Feld-Pionierkompanien hinzugefügt und augmentirte sich im Verlauf der Feldzüge von 1813—14 das kleine Corps allmählig bis auf 8 Fettungs- und 9 Feld-Pionierkompanien nebst noch einem Bataillon Mansfelder Pioniere, während gleichzeitig das Ingenieurkorps, das 1810 nur auf 56 Köpfe angelegt war, bis zu über 200 Offizieren anwuchs. Mit dem 27. März 1816 wurde demnächst die Friedensformation der vorhandenen 17 Kompanien und einer aus dem Mansfelder Bataillon errichteten 18. Kompanie (der jetzigen 2. der 6. Pionierabteilung) in 9 Pionierabteilungen zu je 2 Kompanien bestimmt, wozu mit dem 22. April 1833 noch die beiden, damals neu errichteten Reserve-Pionierkompanien hinzutreten. Die Errichtung der jetzigen Pionierinspektionen und ursprünglich Brigaden stammt vom 30. Juni 1820. Das Corps hat in seinen einzelnen Kompanien sowohl an den Feldzügen von 1812, 13, 14, 15, 16 und 17, wie namentlich an den zahlreichen Belagerungen der Jahre 1813, 14 und 15 den rühmlichsten Anteil gehabt. — Nach einem in dem neuwesten Heft des „Soldatenfreundes“ enthaltenen Nachweis sind von den 1813 auf den Aufruf König Friedrich Wilhelms III. in die Armee eingetreten circa 12,000 freiwilligen Jägern über 1000 zu Offizieren in der Linie und Landwehr avancirt. Davor dienten 1847 noch 8 als Obersten, 18 als Oberstleutnants, 220 als Majors (damals nahezu die Hälfte der Majors der Armee), 214 als Hauptleute, 1 als Premierleutnant, 3 als Regimentsräte und 2 als Intendanten, also zusammen 466. Von diesen wurden bis zum 3. Februar 1860 3 zu Generalleutnants, 21 zu Generalmajors befördert und 19 als Generalmajors pensionirt, so daß also in Summa 48 Generale geworden sind, und geboren augenblicklich noch der Armee an 8 als Generalleutnant, 2 als Generalmajors, 3 als Obersten, 1 als Oberstleutnant, 1 als Major, 1 als Hauptmann und 1 als Premierleutnant, zusammen also 17, wovon die letzten drei jedoch nur noch im Berliner Invalidenhaus. Von 12 freiwilligen Jägern ist somit immer einer Offizier und von 250 einer General geworden. — P.

Locales und Provinzielles.

Rosen, 10. März. [Die hiesige Handwerker-Rettungs- und Unterstützungs-Anstalt] hat im Dezember 1859 das 11. Jahr ihrer Wirksamkeit zurückgelegt. Sie begann die Ende des Jahres 1848 in aller Stille, ohne sonstige Mittel, lediglich auf die freiwilligen Beiträge der sich dem Vereine anschlossenen Mitglieder angewiesen. Was sie geleistet, ergibt die hier nachfolgende Darstellung, die wir dem so eben erschienenen Jahresbericht entnehmen. Da über die Jahre 1854—1858 ein Rechenschaftsbericht noch nicht veröffentlicht ist, so wird zunächst auf diese Jahre zurückgegangen. Der Bestand betrug nach der zugelassenen veröffentlichten Übersicht am 31. Dezember 1853 773 Thlr. 8 Sgr. 9 Pf.; hierzu trat die Einnahme in den Jahren 1854 bis

infl. 1858 mit 4740 Thlr. 2 Sgr. 2 Pf. Die Ausgaben betrugen in den gebrochenen Jahren 4377 Thlr. 23 Sgr. 9 Pf. (darunter 4085 Thlr. Darlehen an Handwerker). Im Jahre 1859 war Einnahme (mit Einschluß eines Bestandes von 1135 Thlr. 17 Sgr. 2 Pf.) 830 Thlr. 8 Sgr. 4 Pf. Die Ausgabe beträgt dagegen 1264 Thlr. 6 Sgr. 3 Pf. (darunter an Darlehen 1175 Thlr.) und es blieb also Ende 1859 baarer Bestand 701 Thlr. 19 Sgr. 3 Pf. Das Vermögen der Anstalt besteht demnach ult. Dez. 1859 in dem übrigen Bestande von 701 Thlr. 19 Sgr. 3 Pf.; in den noch ausstehenden Darlehen im Gesamtbetrag von 1570 Thlr. 4 Sgr. 6 Pf., in Summe 2271 Thlr. 23 Sgr. 9 Pf.

Im Ganzen sind seit Gründung des Vereins, also in 11 Jahren, 237 Handwerker durch Verabsiedlung von Darlehen zu 5 bis 50 Thlr. unterstützt worden. Besonders war der Verein im letzten Jahre in der glücklichen Lage, alle eingegangenen Darlehensgeschäfte, wenn sie sonst den vorgezeichneten Bedingungen entsprachen, berücksichtigen zu können. Wird in Betracht gezogen, daß der Verein seit seiner Gründung mit der Ungnade der Zeitverhältnisse zu kämpfen hatte, durch welche Manche veranlaßt wurden, sich in der Zahlung von Beiträgen zu beschränken oder sich ganz zurückzuziehen, und daß der Verein überhaupt nicht die erwartete Theilnahme der bemannten Mitbürger Posen gefunden hat, so läßt sich das bis jetzt erzielte Resultat als ein sehr günstiges bezeichnen. Es konnten allein in den 6 Jahren 1854—59 schon 132 Handwerker mit 5260 Thlrn. darlehensweise unterstützt werden. Bei der allgemeinen Not des Handwerkerstandes in der hiesigen Stadt, welche nur gemildert werden kann durch allseitiges Zusammenwirken derselben, welche ein offenes Herz für die Not des Handwerkerstandes haben, muß der Anstalt eine noch ausgedehntere Wirksamkeit dringend gewünscht werden. Deshalb wendet sich der Vorstand aufs Neue an die hiesigen Mitbürger, namentlich solche, die selbst dem Handwerkerstande angehören und dem Verein noch fern standen, mit der Bitte, sich zu kleinen monatlichen Beiträgen für denselben zu verstehen; die bisher dem Vereine treu gebliebenen Mitglieder aber mögen nicht ermüden, und lieber, wenn ihnen die ursprünglich zugesicherten Beiträge lästig werden, ihren Beitrag nach Belieben ermäßigen. Statutenmäßig ist die Anstalt dazu bestimmt, denjenigen Handwerkern der Stadt, welche in unverschuldeten Not gerathen, zur Fortsetzung und Hebung ihres erlernten Gewerbes Hülfe zu leisten. Der Hülfe suchende Handwerker muß mindestens seit 3 Jahren hier wohnen und sein erlerntes Handwerk betreiben, einen unbescholtene Lebenswandel führen und seine hülfslose Lage nicht durch Trägheit, unangemessenen Aufwand, Spielsucht, Trunksucht und andere Laster herbeigeführt haben; er muß überzeugend nachweisen, daß er den Vorschuß zur Fortbetreibung seines Handwerks bedarf und event. auch durch ein von drei Gewerkschaften ausgestelltes Attest seine Qualifikation nachweisen; er muß sich endlich verpflichten, den Vorschuß innerhalb zehn Monaten in gleichmäßigen Raten zurückzuzahlen und für diese Rückzahlung einen sicheren Bürgen stellen. Wir schließen uns gern und aufrichtig dem Wunsche des Vorstandes an, daß die Anstalt zum Wohle und Nutzen des Handwerkerstandes eine immer größere Ausdehnung gewinnen möge.

F — [Zwei polnische Sängerinnen.] In der Oper des Nationaltheaters zu Turin sind in der gegenwärtigen Saison zwei jugendliche, durch Geburt dem polnischen Adel unserer Provinz angehörige Sängerinnen: die Geschwister Helena und Maria v. Ostro-Mikorska mit einem außerordentlichen Erfolg aufgetreten. (Wir haben der beiden Damen schon öfter in d. Bl. gedacht. D. Red.) Sie haben im vergangenen Jahre schon das Pariser Publikum in verschiedenen Konzerten durch den Reichthum ihrer musikalischen Begabung und die künstlerische Vollendung ihres Gesanges, wie durch ihre anmutige Erscheinung für sich eingenommen, sich vom öffentlichen Aufstreiten auf der Bühne durch die Schwierigkeiten, die ihnen Standesvorurtheile entgegenstellten, nicht abhalten lassen und die Erwartungen der musikalischen Welt übertraffen. Es ist allerdings eine seltene Vereinigung günstiger Umstände: Talent mit Schönheit und Jugend (die ältere Schwester ist 20, die jüngere 18 Jahr alt), das Zusammenspiel eines Schwesternpaars aus entferntem Lande auf einer Bühne Italiens ic., was ihre Erfolge erleichtert. Die Oper „Norma“ von Bellini, in welcher sie die Rollen der Norma und Adalgisa gaben, mußte schon 4 mal, stets bei überfülltem Hause, wiederholt werden. Nach jedem Aufstreiten steigerte sich der Enthusiasmus, der sich in stürmischem Applaus, Dakapouf, vielfachem Hervorrufen selbst in der Scene, und begeistersten Bravo's Lust mache.

Wir glauben, daß diese Mitteilung auch dem hiesigen Publikum von Interesse sein wird, und zwar um so mehr, als die Künstlerinnen im nächsten Sommer vielleicht bei einer Besuchsbreise in die Heimat Posen berührt werden, und dann Gelegenheit einzutreten könnte, sie hier wenigstens in einem Konzert zu hören.

S — [Haydn's „Schöpfung“] erlebte am 19. März 1799 im damaligen Nationaltheater zu Wien ihre erste Aufführung, die neben dem reichsten Beifall eine Einnahme von über 4000 Gulden gewährte. Zwölf Tage nachher vollendete Vater Haydn sein 67. Lebensjahr, und neun Jahre darauf, am 27. März 1808, fand die letzte der Aufführungen des Werks, der der greise Meister wenigstens theilweise noch persönlich bewohnte, im dortigen Nedoutensaale statt — jene Aufführung, die zu einer Ovation für den Komponisten ward, wie sie, gleich wahr und aufrichtig begeister, kaum ein zweites Mal in den Annalen der Musikgeschichte verzeichnet ist. Sechs Decennien sind verschwunden, und noch immer feststellt das Meisterwerk durch seine Wahrheit und Einigkeit, durch seine einfache Schöne und Kunstvollendung überall, wo es zur Aufführung kommt, das lebendigste Interesse der Zuhörer, eine Erquickung für alle Freunde echter und wahrer Musik.

Die gewöhnlichen Musikanter und Dilettanten halten es für überaus leicht, weil sie sich zu der Idee nicht zu erheben vermögen, daß ein tiefes Eindringen in die eigenthümliche Dompoezie desselben, eine feine, stilvolle und lebendig manierte Ausführung, doch mehr Schwierigkeiten macht, als sie sich auch nur im Entferntesten träumen lassen. Die Zukunftsmusiker erklären es ahselzuckend für veraltet, und doch wird schwerlich irgend eines ihrer Werke noch nach sechzig Jahren im Stande sein, jene allgemeine innige Theilnahme zu erregen, jenen wahren und schönen Genuss zu gewähren, den die „veralte Schöpfung“ heute, und gewiß lange noch zu einem wahren Kleinod jedes echten Musikfreundes macht! Und doch könnten sie sich gratuliren, wenn in allen ihren, oft mühsam genug zusammengesetzten Werken nur halb soviel ansprechende und gewinnende Melodie (die Seele der Musik), nur halb so viel geunde und künstlerisch tiefe Harmonie sich finde, als in einem einzigen Theile dieser „veralten“ Komposition. Haydn hat, wie auf dem Gebiete des Quartetts und der Symphonie, so auf dem des Oratoriums die neue Zeit kräftig und in hohem Grade selbstscheinend angehant. Jeder Kunstmund und Künstler muß seiner Stets in Liebe und Verehrung gedenken.

Unter Ge sang verein hat eine Aufführung der „Schöpfung“ vorbereitet und verdient für diese Wahl, zumal das Werk hier lange nicht gehört worden, aufrichtigsten Dank. An Mühe und Sorgfalt hat es nicht gemangelt, und so steht denn wohl eine recht zahlreiche Theilnahme des musikfreudlichen Publikums an der Aufführung, die nächsten Donnerstag, den 15. d. im Saale des Kasino stattfinden soll, zu erwarten.

H. Meserly, 9. März. [Hinrichtung; anonyme Briefe; Strafenkoth.] Gestern Morgen zeigte sich eine eigenthümliche Bewegung in unserer Stadt. Man sah eine Menge Feuer geöffnet und eine gewisse Spannung in den Gesichtern; es war die Armeeländerkloster, deren Ton die Reuigeren an die Feuer lockte. Im Gefängnis fanden um 8 Uhr zwei Hinrichtungen statt. Die Verbrecher waren vor Jahr und Tag wegen Mordes zum Tode verurtheilt, die Verstüttung des Urteils aber erst vor Kurzem eingetroffen. Die Exekution war in großer Stille vorbereitet, das Gericht davon hatte sich indeß doch schon seit einigen Tagen verbreitet und vor dem Thore des Gefängnisses war schon in aller Frühe eine Menge Publikum versammelt. Der Eintritt war, außer den bei der Hinrichtung thätigen Beamten und zugezogenen Bürgern, natürlich Niemand gestattet. Einigen Personen, welche bei dem Direktor des Kreisgerichts Einlaßkarten erbeten und als Grund ein psychologisches Interesse angegeben hatten, wurden dieselben verweigert. Um 8½ Uhr war die traurige Exekution zu Ende; die beiden Leichname wurden nach einem benachbarten Wäldchen abgeführt und dort begraben. — Seit einigen Monaten kam es häufig vor, daß man mit anonymen Briefen belästigt wurde. Die Zahl derselben war ziemlich beträchtlich. Sie schienen alle von einer Hand gezeichnet und enthielten albern Zeug. Durch Zufall ist jetzt eine Person in dieser Briefe ermittelt, und man hofft derselben die Lust an dergleichen Absonderheiten etwas zu bemeckern. — Seit gestern haben unsere Straßen wieder ein winterliches Aussehen angenommen, und wir begrüßen das mit Freuden. Denn sobald es ein Paar Tage regnet oder schneit, bieten einige Straßen einen wahrhaft kanalartigen Anblick dar. Die Schul läßt sich wohl kaum auf die Strafzenpolizei schließen; jedenfalls taugt aber die Konstruktion der Künste nichts; das Plaster ist gut, aber in den Gerinnen findet das Wasser keinen Abfluß.

S — [Bromberg, 9. März. Landwirtschaftlicher Verein; Gewerbewahl.] Am 7. d. fand hier eine Sitzung des Bromberger landwirtschaftlichen Kreisvereins statt, zu der auch Seiten des Vorstandes die Landhochschule des Kreises eingeladen waren. Sie war ziemlich zahlreich besonders Seiten des Lehrers besucht. Den Vorort führte Gutsbesitzer Rahn aus Woynowo. Die Mittheilungen über den guten Fortgang der Seiten des Vereins ins Leben gerufenen Strichschulen auf dem Lande erregten Aufmerksamkeit. Man beschloß indeß, nur das plate Land mit Unterstüzung zur Errichtung von Strichschulen zu verleihen, nicht aber die Städte des Kreises, denen selbst Unterstüzungsmittel zu Gebote stehen. Außerdem ward beschlossen, nicht

allein die Lehrerinnen zu prämieren (mit baarem Gelde), sondern auch für eine bestimmte Summe Wolle anzukaufen und solche an die Schülerinnen zum Stricken zu verteilen. Bei Behandlung der Frage: „Welche Mittel können zur Hebung der Seidenzucht und Bienezucht in Vorort gebracht werden?“ hielt Lehrer Kowalewski aus Gordon, der sich seit längerer Zeit mit Seidenbau beschäftigt und von dem Vereine bereits prämiert worden, einen längeren Vortrag, worin er zunächst die Vortheile hervorholte, die eine mit Geschick betriebene Seidenzucht gewährte, und dann daraus hinführte, wie Landlehrer in ihren Mußestunden sehr bequem den Seidenbau kultivieren und dadurch ihr oft tägliches Einkommen als Lehrer verbessern könnten. Auch auf die Kinder übertrug die Lehrer mit Rath und That unterricht würden, besonders, daß sie Maulbeerblätter gratis erhalten, durch Prämien Aufmunterungen erfuhrten. Der Vorschlag dagegen, hier einen besondern Verein zur Ausbreitung des Seidenbaus in hiesiger Gegend zu gründen, wurde nicht accepptirt. Schließlich wurde man 50 Thlr. für die Seidenzucht bewilligt. Dafür sollen aus der Landbauschule Maulbeerblätter angekauft ic. und unter die 3—4 Lehrer, die sich in der Sitzung zur Anlegung von Seidenbauen gemeldet, verteilt werden. Zur Hebung der Bienezucht, die für die Lehrer ebenfalls ein einträglicher Gewerbezweig werden könnte, wurde die Lehrer ebenfalls ein 50 Thlr. Zur Hebung der Bienezucht, die für die Lehrer ebenfalls ein einträglicher Gewerbezweig werden könnte, wurde die Lehrer ebenfalls 50 Thlr. Nachdem noch eine kurze Predigt über die Fortschritte in der Naturkultur stattgefunden, wurde die Sitzung bei der sehr vorigen Zeit ohne die Tagesordnung zu erledigen, geschlossen, und man vereinigte sich zu einem gemeinschaftlichen Mittagssmale. — Gestern fanden hier die Erwählten in den Gewerberäthen statt. Das Institut hat bei uns im Allgemeinen wenig Freunde, da man es für zwecklos und überflüssig hält. Die Erwählten wollten sich der Wahl enthalten; da aber einmal gewählt werden mußte, so wählte man meistens Gegner des Gewerberates, um dessen Auflösung baldmöglichst herbeizuführen.

P. Rakel, 9. März. [Offenlichkeit der Stadtverordnetenversammlung; Konzert; Wetter.] Die Petition der Löwenberger Stadtverordneten in Betreff der ihnen Seitens des Magistrats beeinträchtigten Öffentlichkeit ihrer Verhandlungen hat auch anderwärts die Aufmerksamkeit auf diese Angelegenheit gelenkt. Auch unsere Stadtverordneten verhandeln verhältnismäßig wenige Sitzungen, und die öffentliche Anordnung, die sie aufzurichten, ist nicht von dem Zeitpunkt her zu erwarten. Doch hat dieses Wissen noch niemals irgendemand von dem Zeitpunkt her gemacht. Dies liegt indeß keineswegs in dem Mangel an Interesse. Die Stadtverordneten werden vom Vorsteher durch Kurrende zu den Sitzungen eingeladen. Außer ihnen und etwa den Magistratgliedern erfahren wohl kein Mensch etwas davon, obwohl durch ein Losfallblatt oder durch andere Mittel das Publikum sehr leicht von den Sitzungen in Kenntnis gesetzt werden könnte. Die geplante Offenlichkeit ist somit ganz illusorisch. Doch hat dieses Wissen noch niemals irgendemand von dem Zeitpunkt her gemacht. Dies liegt indeß keineswegs in dem Mangel an Interesse. Die Stadtverordneten werden vom Vorsteher durch Kurrende zu den Sitzungen eingeladen. Außer ihnen und etwa den Magistratgliedern erfahren wohl kein Mensch etwas davon, obwohl durch ein Losfallblatt oder durch andere Mittel das Publikum sehr leicht von den Sitzungen in Kenntnis gesetzt werden könnte. Die geplante Offenlichkeit ist somit ganz illusorisch. Doch hat dieses Wissen noch niemals irgendemand von dem Zeitpunkt her gemacht. Dies liegt indeß keineswegs in dem Mangel an Interesse. Die Stadtverordneten werden vom Vorsteher durch Kurrende zu den Sitzungen eingeladen. Außer ihnen und etwa den Magistratgliedern erfahren wohl kein Mensch etwas davon, obwohl durch ein Losfallblatt oder durch andere Mittel das Publikum sehr leicht von den Sitzungen in Kenntnis gesetzt werden könnte. Die geplante Offenlichkeit ist somit ganz illusorisch. Doch hat dieses Wissen noch niemals irgendemand von dem Zeitpunkt her gemacht. Dies liegt indeß keineswegs in dem Mangel an Interesse. Die Stadtverordneten werden vom Vorsteher durch Kurrende zu den Sitzungen eingeladen. Außer ihnen und etwa den Magistratgliedern erfahren wohl kein Mensch etwas davon, obwohl durch ein Losfallblatt oder durch andere Mittel das Publikum sehr leicht von den Sitzungen in Kenntnis gesetzt werden könnte. Die geplante Offenlichkeit ist somit ganz illusorisch. Doch hat dieses Wissen noch niemals irgendemand von dem Zeitpunkt her gemacht. Dies liegt indeß keineswegs in dem Mangel an Interesse. Die Stadtverordneten werden vom Vorsteher durch Kurrende zu den Sitzungen eingeladen. Außer ihnen und etwa den Magistratgliedern erfahren wohl kein Mensch etwas davon, obwohl durch ein Losfallblatt oder durch andere Mittel das Publikum sehr leicht von den Sitzungen in Kenntnis gesetzt werden könnte. Die geplante Offenlichkeit ist somit ganz illusorisch. Doch hat dieses Wissen noch niemals irgendemand von dem Zeitpunkt her gemacht. Dies liegt indeß keineswegs in dem Mangel an Interesse. Die Stadtverordneten werden vom Vorsteher durch Kurrende zu den Sitzungen eingeladen. Außer ihnen und etwa den Magistratgliedern erfahren wohl kein Mensch etwas davon, obwohl durch ein Losfallblatt oder durch andere Mittel das Publikum sehr leicht von den Sitzungen in Kenntnis gesetzt werden könnte. Die geplante Offenlichkeit ist somit ganz illusorisch. Doch hat dieses Wissen noch niemals irgendemand von dem Zeitpunkt her gemacht. Dies liegt indeß keineswegs in dem Mangel an Interesse. Die Stadtverordneten werden vom Vorsteher durch Kurrende zu den Sitzungen eingeladen. Außer ihnen und etwa den Magistratgliedern erfahren wohl kein Mensch etwas davon, obwohl durch ein Losfallblatt oder durch andere Mittel das Publikum sehr leicht von den Sitzungen in Kenntnis gesetzt werden könnte. Die geplante Offenlichkeit ist somit ganz illusorisch. Doch hat dieses Wissen noch niemals irgendemand von dem Zeitpunkt her gemacht. Dies liegt indeß keineswegs in dem Mangel an Interesse. Die Stadtverordneten werden vom Vorsteher durch Kurrende zu den Sitzungen eingeladen. Außer ihnen und etwa den Magistratgliedern erfahren wohl kein Mensch etwas davon, obwohl durch ein Losfallblatt oder durch andere Mittel das Publikum sehr leicht von den Sitzungen in Kenntnis gesetzt werden könnte. Die geplante Offenlichkeit ist somit ganz illusorisch. Doch hat dieses Wissen noch niemals irgendemand von dem Zeitpunkt her gemacht. Dies liegt indeß keineswegs in dem Mangel an Interesse. Die Stadtverordneten werden vom Vorsteher durch Kurrende zu den Sitzungen eingeladen. Außer ihnen und etwa den Magistratgliedern erfahren wohl kein Mensch etwas davon, obwohl durch ein Losfallblatt oder durch andere Mittel das Publikum sehr leicht von den Sitzungen in Kenntnis gesetzt werden könnte. Die geplante Offenlichkeit ist somit ganz illusorisch. Doch hat dieses Wissen noch niemals irgendemand von dem Zeitpunkt her gemacht. Dies liegt indeß keineswegs in dem Mangel an Interesse. Die Stadtverordneten werden vom Vorsteher durch Kurrende zu den Sitzungen eingeladen. Außer ihnen und etwa den Magistratgliedern erfahren wohl kein Mensch etwas davon, obwohl durch ein Losfallblatt oder durch andere Mittel das Publikum sehr leicht von den Sitzungen in Kenntnis gesetzt werden könnte. Die geplante Offenlichkeit ist somit ganz illusorisch. Doch hat dieses Wissen noch niemals irgendemand von dem Zeitpunkt her gemacht. Dies liegt indeß keineswegs in dem Mangel an Interesse. Die Stadtverordneten werden vom Vorsteher durch Kurrende zu den Sitzungen eingeladen. Außer ihnen und etwa den Magistratgliedern erfahren wohl kein Mensch etwas davon, obwohl durch ein Losfallblatt oder durch andere Mittel das Publikum sehr leicht von den Sitzungen in Kenntnis gesetzt werden könnte. Die geplante Offenlichkeit ist somit ganz illusorisch. Doch hat dieses Wissen noch niemals irgendemand von dem Zeitpunkt her gemacht. Dies liegt indeß keineswegs in dem Mangel an Interesse. Die Stadtverordneten werden vom Vorsteher durch Kurrende zu den Sitzungen eingeladen. Außer ihnen und etwa den Magistratgliedern erfahren wohl kein Mensch etwas davon, obwohl durch ein Losfallblatt oder durch andere Mittel das Publikum sehr leicht von den Sitzungen in Kenntnis gesetzt werden könnte. Die geplante Offenlichkeit ist somit ganz illusorisch. Doch hat dieses Wissen noch niemals irgendemand von dem Zeitpunkt her gemacht. Dies liegt indeß keineswegs in dem Mangel an Interesse. Die Stadtverordneten werden vom Vorsteher durch Kurrende zu den Sitzungen eingeladen. Außer ihnen und etwa den Magistratgliedern erfahren wohl kein Mensch etwas davon, obwohl durch ein Losfallblatt oder durch andere Mittel das Publikum sehr leicht von den Sitzungen in Kenntnis gesetzt werden könnte. Die geplante Offenlichkeit ist somit ganz illusorisch. Doch hat dieses Wissen noch niemals irgendemand von dem Zeitpunkt her gemacht. Dies liegt indeß keineswegs in dem Mangel an Interesse. Die Stadtverordneten werden vom Vorsteher durch Kurrende zu den Sitzungen eingeladen. Außer ihnen und etwa den Magistratgliedern erfahren wohl kein Mensch etwas davon, obwohl durch ein Losfallblatt oder durch andere Mittel das Publikum sehr leicht von den Sitzungen in Kenntnis gesetzt werden könnte. Die geplante Offenlichkeit ist somit ganz illusorisch. Doch hat dieses Wissen noch niemals irgendemand von dem Zeitpunkt her gemacht. Dies liegt indeß keineswegs in dem Mangel an Interesse. Die Stadtverordneten werden vom Vorsteher durch Kurrende zu den Sitzungen eingeladen. Außer ihnen und etwa den Magistratgliedern erfahren wohl kein Mensch etwas davon, obwohl durch ein Losfallblatt oder durch andere Mittel das Publikum sehr leicht von den Sitzungen in Kenntnis gesetzt werden könnte. Die geplante Offenlichkeit ist somit ganz illusorisch. Doch hat dieses Wissen noch niemals irgendemand von dem Zeitpunkt her gemacht. Dies liegt indeß keineswegs in dem Mangel an Interesse. Die Stadtverordneten werden vom Vorsteher durch Kurrende zu den Sitzungen eingeladen. Außer ihnen und etwa den Magistratgliedern erfahren wohl kein Mensch etwas davon, obwohl durch ein Losfallblatt oder durch andere Mittel das Publikum sehr leicht von den Sitzungen in Kenntnis gesetzt werden könnte. Die geplante Offenlichkeit ist somit ganz illusorisch. Doch hat dieses Wissen noch niemals irgendemand von dem Zeitpunkt her gemacht. Dies liegt indeß keineswegs in dem Mangel an Interesse. Die Stadtverordneten werden vom Vorsteher durch Kurrende zu den Sitzungen eingeladen. Außer ihnen und etwa den Magistratgliedern erfahren wohl kein Mensch etwas davon, obwohl durch ein Losfallblatt oder durch andere Mittel das Publikum sehr leicht von den Sitzungen in Kenntnis gesetzt werden könnte. Die geplante Offenlichkeit ist somit ganz illusorisch. Doch hat dieses Wissen noch niemals irgendemand von dem Zeitpunkt her gemacht. Dies liegt indeß keineswegs in dem Mangel an Interesse. Die Stadtverordneten werden vom Vorsteher durch Kurrende zu den Sitzungen eingeladen. Außer ihnen und etwa den Magistratgliedern erfahren wohl kein Mensch etwas davon, obwohl durch ein Losfallblatt oder durch andere Mittel das Publikum sehr leicht von den Sitzungen in Kenntnis gesetzt werden könnte. Die geplante Offenlichkeit ist somit ganz illusorisch. Doch hat dieses Wissen noch niemals irgendemand von dem Zeitpunkt her gemacht. Dies liegt indeß keineswegs in dem Mangel an Interesse. Die Stadtverordneten werden vom Vorsteher durch Kurrende zu den Sitzungen eingeladen. Außer ihnen und etwa den Magistratgliedern erfahren wohl kein Mensch etwas davon, obwohl durch ein Losfallblatt oder durch andere Mittel das Publikum sehr leicht von den Sitzungen in Kenntnis gesetzt werden könnte. Die geplante Offenlichkeit ist somit ganz illusorisch. Doch hat dieses Wissen noch niemals irgendemand von dem Zeitpunkt her gemacht. Dies liegt indeß keineswegs in dem Mangel an Interesse. Die Stadtverordneten werden vom Vorsteher durch Kurrende zu den Sitzungen eingeladen. Außer ihnen und etwa den Magistratgliedern erfahren wohl kein Mensch etwas davon, obwohl durch ein Losfallblatt oder durch andere Mittel das Publikum sehr leicht von den Sitzungen in Kenntnis gesetzt werden könnte. Die geplante Offenlichkeit ist somit ganz illusorisch. Doch hat dieses Wissen noch niemals irgendemand von dem Zeitpunkt her gemacht. Dies liegt indeß keineswegs in dem Mangel an Interesse. Die Stadtverordneten werden vom Vorsteher durch Kurrende zu den Sitzungen eingeladen. Außer ihnen und etwa den Magistratgliedern erfahren wohl kein Mensch etwas davon, obwohl durch ein Losfallblatt oder durch andere Mittel das Publikum sehr leicht von den Sitzungen in Kenntnis gesetzt werden könnte. Die geplante Offenlichkeit ist somit ganz illusorisch. Doch hat dieses Wissen noch niemals irgendemand von dem Zeitpunkt her gemacht. Dies liegt indeß keineswegs in dem Mangel an Interesse. Die Stadtverordneten werden vom Vorsteher durch Kurrende zu den Sitzungen eingeladen. Außer ihnen und etwa den Magistratgliedern erfahren wohl kein Mensch etwas davon, obwohl durch ein Losfallblatt oder durch andere Mittel das Publikum sehr leicht von den Sitzungen in Kenntnis gesetzt werden könnte. Die geplante Offenlichkeit ist somit ganz illusorisch. Doch hat dieses Wissen noch niemals irgendemand von dem Zeitpunkt her gemacht. Dies liegt indeß keineswegs in dem Mangel an Interesse. Die Stadtverordneten werden vom Vorsteher durch Kurrende zu den Sitzungen eingeladen. Außer ihnen und etwa den Magistratgliedern erfahren wohl kein Mensch etwas davon, obwohl durch ein Losfallblatt oder durch andere Mittel das Publikum sehr leicht von den Sitzungen in Kenntnis gesetzt werden könnte. Die geplante Offenlichkeit ist somit ganz illusorisch. Doch hat dieses Wissen noch niemals irgendemand von dem Zeitpunkt her gemacht. Dies liegt indeß keineswegs in dem Mangel an Interesse. Die Stadtverordneten werden vom Vorsteher durch Kurrende zu den Sitzungen eingeladen. Außer ihnen und etwa den Magistratgliedern erfahren wohl kein Mensch etwas davon, obwohl durch ein Losfallblatt oder durch andere Mittel das Publikum sehr leicht von den Sitzungen in Kenntnis gesetzt werden könnte. Die geplante Offenlichkeit ist somit ganz illusorisch. Doch hat dieses Wissen noch niemals irgendemand von dem Zeitpunkt her gemacht. Dies liegt indeß keineswegs in dem Mangel an Interesse. Die Stadtverordneten werden vom Vorsteher durch Kurrende zu den Sitzungen eingeladen. Außer ihnen und etwa den Magistratgliedern erfahren wohl kein Mensch etwas davon, obwohl durch ein Losfallblatt oder durch andere Mittel das Publikum sehr leicht von den Sitzungen in Kenntnis gesetzt werden könnte. Die geplante Offenlichkeit ist somit ganz illusorisch. Doch hat dieses Wissen noch niemals irgendemand von dem Zeitpunkt her gemacht. Dies liegt indeß keineswegs in dem Mangel an Interesse. Die Stadtverordneten werden vom Vorsteher durch Kurrende zu den Sitzungen eingeladen. Außer ihnen und etwa den Magistratgliedern erfahren wohl kein Mensch etwas davon, obwohl durch ein Losfallblatt oder durch andere Mittel das Publikum sehr leicht von den Sitzungen in Kenntnis gesetzt werden könnte. Die geplante Offenlichkeit ist somit ganz illusorisch. Doch hat dieses Wissen noch niemals irgendemand von dem Zeitpunkt her gemacht. Dies liegt indeß keineswegs in dem Mangel an Interesse. Die Stadtverordneten werden vom Vorsteher durch Kurrende zu den Sitzungen eingeladen. Außer ihnen und etwa den Magistratgliedern erfahren wohl kein Mensch etwas davon, obwohl durch ein Losfallblatt oder durch andere Mittel das Publikum sehr leicht von den Sitzungen in Kenntnis gesetzt werden könnte. Die geplante Offenlichkeit ist somit ganz illusorisch. Doch hat dieses Wissen noch niemals irgendemand von dem Zeitpunkt her gemacht. Dies liegt indeß keineswegs in dem Mangel an Interesse

Ein im Polizeisache gut geübter, beider Landes-Sprachen mächtiger, unverheiratheter Bureau-gehülfen findet zum 1. April d. J. gegen ein baares Honorar von monatlich 5 Thlrn., freier Sta-tion und Wohnung bei dem königlichen Distrikts-Kommissarius in **Miloslaw** Beschäftigung. Die Führungs- und Befähigkeits-Aitte sind portofrei einzufinden.

Für ein Produktions-Geschäft wird ein Disponent gesucht. Kautionsfähige Kaufleute, welche auf diese mit einem Jahres-Einkommen von circa 750 Thlrn. verbaudene Stelle rekrutieren, erfahren das Nähre durch **Aug. Götsch** in Berlin, alte Jakobstraße 17.

D. Markowice, Kreis Schroda, wünscht sogleich oder vom 1. April ab einen unverheiratheten Gärtner, der zugleich die Be-dienung übernimmt.

Eine geborene Französin oder Schweizerin wird für eine vornehme Familie gewünscht und ihr ein sehr hoher Gehalt beigelegt.

Auftrag und Nachweis: Kaufmann **R. Felsmann** in Breslau, Schmiede-brücke Nr. 50.

Hiermit ersuche ich Diejenigen, welche für in früheren Jahren entnommene Arzneien mir noch schulden, den Betrag an meinen Nachfolger, den Herrn Apotheker **Pfuhl** in der Nothen Apotheke bis zum 15. d. Mts. zu zahlen. Nach Ablauf dieser Frist werde ich zur **A. Busse**.

Zur Beachtung.
Unser seitheriger Reisender, Herr **Simon Mendel** aus Posen, ist seit dem 28. v. M. nicht mehr in unserm Hause.

Mainz, im März 1860.
J. Mayer & Comp.

So eben erschien bei
ED. BOTE
&
G. BOCK,
königl.
Hof-Musik-Händler,

Gounod, Ch., Valse de Faust.
Kontski, A. de, op. 183, Fant. brill. sur le Pardon de Ploërmel;
— op. 184, Fant. brill. sur le Prophète;
— op. 185, Fant. brill. sur le Rigoletto;
— op. 186, Fant. brill. sur le joyeux Commerces de Windsor.

Leybach, J., op. 35, Fant. brill. sur l'opéra Faust de Gounod.

Löschhorn, A., op. 22 # 6, Transcript. de l'opéra Rigoletto de Verdi.

Menzel, Ida, Le Rêve, morceau p. le Pfeife.

Conradi, A., op. 75 # 1, 2, Gallop und Polka aus der Oper:

"Giner von unsre Leut".

Alle Neuigkeiten werden sofort nach ihrem Erscheinen in vielfachen Exem-plaren in unser

Musikalien-Leihinstitut

aufgenommen und stehen läufig wie leihweise unter günstigsten Bedingun-gen zu Diensten. Auswärtige werden besonders berücksichtigt. Prospekte gratis.

Posen, Wilhelmsstr. 21.

Fonds- u. Aktien-Börse.
Berlin, 9. März 1860.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf 3½ —
Aachen-Maastricht 4 16½-16½ bʒ
Amsterdam-Rotterdam 4 69 bʒ u G

Berg. Märk. Lt. A. 4 72½ bʒ
do. Lt. B. 4 —

Berlin-Anhalt 4 103½ B
Berlin-Hamburg 4 12½ G

Berlin-Nordbad. Magdeburg 4 121½ bʒ
Berlin-Stettin 4 95½ bʒ

Bries. Schw. Freib. 4 80½ G
Brieg. Neisse 4 48 bʒ

Cöln-Treisfeld 4 74 B
Cöln-Münden 3½ 121½ bʒ

Cöln-Oberb. (Wlh.) 4 —
do. Stamm-Pr. 4 —

do. do.
Ebau-Zittauer 4 —
Ludwigsburg. Bexh. 4 128½ bʒ

Magdeburg. Halberst. 4 182 G
Magdeburg. Wittenb. 4 33½ B

96½ G
42½ bʒ u G

Münster-Hammer 4 89 G
Niederschles. Bär. 4 91½ bʒ

Niederschles. Zweibr. 4 38½ B
do. Stamm-Pr. 5 —

Nordb. Fr. Wlh. 4 47½ bʒ
Oberholz. Lt. A. u. C. 3½ 112½-13-12½ bʒ

do. Litt. B. 3½ 107½ bʒ

Deft. Franz. Staat 5 129½-30-29½ bʒ
Oppeln-Tarnowitz 4 29 G

48½ B
Pr. Wlh. (Steel-B) 4 —

An der heutigen Börse absolute Geschäftsflosigkeit.

Breslau, 9. März. Börse flau und geschäftsflos bei etwas niedrigeren Kurzen der östr. Effekten. Preuß. Papiere behauptet und namentlich Effekten steigend. Wechsel begeht.

Schlüfkurse. Ostreichische Kredit-Bank-Aktien 70½-70½ bez. Schlesischer Bankverein 72½ Br. Breslau.

Schweidnitz-Freiburger Aktien 81½ Br. dito 4. Emitt. — dito Prior. Oblig. 32½ Br. dito Prior. Oblig. 89½ Gd.

Köln-Mündener Priorität 80½ Br. Neisse-Brieger 48½ Br. Niederschlesisch-Märkische — Oberschlesische Lit. A. u. C. 113½ Br. dito Lit. B. — dito Prior. Oblig. 85 Br. dito Prior. Oblig. 89½ Br. dito Prior. Oblig. 72½ Gd.

Oppeln-Tarnowitz 28½ Gd. Wilhelmshafen (Kösel-Oderberg) 35½ Br. dito Prior. Oblig. — dito Prior. Oblig. — dito Stamm-Pr. Obl. —

Eine gebildete Dame wird von einer adligen Gutsbesitzerin für deren 15jährige Tochter als Gesellschafterin unter höchst angenehmen Bedingungen gewünscht durch Frau Dr. Helmut in Berlin, Charlottenstr. 79.

Ein solides Fräulein von angenehmem Aussehen und mit Schulkenntnissen versehen, soll als Gesellschaftsfräulein unter höchst günstigen Bedingungen für ein nobles Haus engagiert werden.
Auftrag und Nachweis: Kaufmann **R. Felsmann** in Breslau, Schmiede-brücke Nr. 50.

Ein Mann in mittleren Jahren, militärfrei, welcher bereits längere Zeit als Rechnungs-führer und Rendant fungirt hat, als Aktuarist geprift ist, polnisch spricht und gegenwärtig selbständiger Rechnungsbeamter einer großen Güterverwaltung ist, wünscht eine anderweite Stellung als Rechnungsführer, Resident oder als Buchhalter einer Mühlenverwaltung, da derselbe auch mit leichter aus einer früheren Stellung vertraut ist.

Öfferten werden unter **A. Z. 3** poste restante Festenberg erbeten.

Hiermit ersuche ich Diejenigen, welche für in früheren Jahren entnommene Arzneien mir noch schulden, den Betrag an meinen Nachfolger, den Herrn Apotheker **Pfuhl** in der Nothen Apotheke bis zum 15. d. Mts. zu zahlen. Nach Ablauf dieser Frist werde ich zur **A. Busse**.

Für die Notleidenden im Kreise Schlochau sind ferner bei uns eingegangen:
6) M. & B. aus R... 1 Thlr. 7) B. & 15 Sgr. 8) G. S. 1 Thlr.

Posen, den 10. März 1860.
Die Zeitungsexpedition von **W. Decker & Co.**

Zur Errichtung eines Denkmals für Arndt in Bonn sind bei uns eingegangen: 1) S. u. 1 Thlr.

Posen, den 10. März 1860.
Die Zeitungsexpedition von **W. Decker & Co.**

Familien-Nachrichten.

Mit tiefbetrübt Herzen mache ich meinen Freunden und Bekannten die ergebene Anzeige, daß am 7. d. M. nach kurzem Leiden mein Mann, der Rittergutsbesitzer **Theodor Bandelow** von **Latalice**, sanft zu einem bessern Leben hinaufgegangen ist.

Ulrike Bandelow geb. Richter.

Heute Nachmittag 1½ Uhr starb an einer Lungengnathie unter kleiner, geliebter York. Legnwicki, den 8. März 1860.

Carl v. Urruh.

Clara v. Urruh geb. v. Treskow.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Berlin: Hrl. M. Gärtner mit Hrn. H. Karuz; Ebenstock: Hrl. B. Wörtschäfer mit Hrn. E. Urban; Magdeburg: Hrl. E. Schade mit Kaufm. W. Gummert.

Verbindungen. Berlin: Hrl. G. Hentschel mit Hrl. Franziska Altmann.

Geburten. Ein Sohn dem Pastor Franke in Zepnick, Hrn. J. F. Gasquel, Hrn. A. Wiebe und Hrn. E. Wendt in Berlin, eine Tochter dem Hrn. v. Blankensee in Ryben.

Todesfälle. Frau Sophie v. Salisch geb. v. d. Bösische-Oppenburg in Potsdam, Frau C. Edardt in Nordhausen, Frau E. Brodin in Hechingen, Frau D. Bätge in Heidersleben, Gutsb. Fr. Tritsch in Dößnitz, Frau H. Lange in Zeitz.

Produktions-Aktien.

Desfau-Kont. Gas. A 5 83½ bʒ
Berl. Eisenb. Fabr. A 5 67½ B
Hörder Hüttens. A 5 68½ B
Neustadt. Hüttens. A 5 29 B

Magdeb. Feuerverf. A 4 —

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf 4 82 B
Berl. Handels-Gef. 4 75 G
Braunschw. Bl. A. 4 70 etw bʒ

Bremer do. 97 B
Coburg. Kreditdo. 4 54 G

Danzig. Priv. Bl. 4 78½ G
Darmstädter abgfst. 4 60½ bʒ u G

do. Ber. Scheine 4 —

do. Bettel. B. A. 4 90 B, 89½ G

Desfau Kreditdo. 4 19½-1½ bʒ

Doft. Comm. A. 4 80 bʒ u G

Gefer Kred. Bl. A. 4 26½ bʒ

Geraer do. 4 70 G

Gothaer Priv. do. 4 70 B

Hannoverische do. 89½ G

Königsl. Priv. do. 82½ bʒ

Leipzig. Kredit. do. 55½ G

Luemburg. Priv. do. 70 B

Magdeb. Priv. do. 76 B

Meining. Kred. do. 63½ G

Moldau. Land. do. —

Norddeutsch. do. 82½ G

Oestr. Kredit. do. 70½-1½ bʒ

Pomm. Kred. do. 74 B

Posener Prov. Bank 4 73½ etw bʒ

Preuß. Bank-Akt. 4 131 B

Rostocker Bank Akt. 4 —

Schles. Bankverein 4 72 G

Thüringer Bank-Akt. 4 50½ G

Vereinsbank. Ham. 4 98 G

do. II. Em. 5 102½ bʒ

Industrie-Aktien.

Dessau-Kont. Gas. A 5 83½ bʒ

Berl. Eisenb. Fabr. A 5 67½ B

Hörder Hüttens. A 5 68½ B

Neustadt. Hüttens. A 5 4½ bʒ p. Stck.

Concordia Magdeb. Feuerverf. A 4 —

do. conv. III. Ser. 4 87 bʒ

do. IV. Ser. 5 102½ B

do. do. 100 G

do. conv. III. Ser. 4 87 bʒ

do. Litt. B. 4 91 G

do. Litt. B. 4 83½ bʒ

do. Litt. B. 4 84½ B

do. Litt. B. 4 84½ B